

Stand: 24.06.2026 17:03:24

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3735

"Haushaltsplan 2015/2016; hier: Landesmittel für die bayerischen Europe Direct Informationszentren (Kap. 02 03 TG 53)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/3735 vom 27.10.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4425 des HA vom 06.11.2014
3. Beschluss des Plenums 17/4764 vom 09.12.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 32 vom 09.12.2014 (EPL 2)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Dr. Linus Förster, Harald Güller, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl SPD**

**Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Landesmittel für die bayerischen Europe Direct Informationszentren
(Kap. 02 03 TG 53)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 02 03 wird in der TG 53 (Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen) ein neuer Tit. (Landesmittel für die sieben bayerischen Europe Direct Informationszentren) ausgebracht und für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 jeweils mit Mitteln in Höhe von 70,0 Tsd. Euro ausgestattet.

Begründung:

Die sieben bayerischen Europe Direct Informationszentren bieten Bürgerinnen und Bürgern vor Ort dringend benötigte Anlauf- und Informationsstellen zu vielen verschiedenen EU relevanten Themen. Bisher werden diese wichtigen Dienstleistungen ausschließlich aus Mitteln der EU-Kommission sowie des Trägers finanziert. Die finanziellen Mittel der Informationszentren reichen jedoch oftmals, insbesondere im Zusammenhang mit besonderen EU bezogenen Ereignissen, wie der Europawahl oder zum Jubiläum der EU-Osterweiterung, nicht aus, um den Bürgerinnen und Bürgern durch spezielle Veranstaltungsformate Informationen über diese Ereignisse zur Verfügung zu stellen. Neben der reinen Information bieten diese Veranstaltungen den Bürgerinnen und Bürgern zudem dringend benötigte Plattformen, um regionale Debatten über aktuelle europäische Entwicklungen und deren Auswirkungen auf das alltägliche Leben vor Ort zu führen.

Als großer Profiteur der Europäischen Union liegt es im Interesse des Freistaats Bayerns, den Menschen vor Ort die Vorteile der EU für den Wirtschaftsstandort Bayern aufzuzeigen und Plattformen für regionale Debatten zu unterstützen. Daher sollte der Freistaat Bayern Landesmittel für die sieben bayerischen Europe Direct Informationszentren für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 in Höhe von 70 Tsd. Euro zur Verfügung stellen. Mit diesen Landesmitteln sollen die bayerischen Europe Direct Informationszentren bei der Organisation wichtiger, informativer Veranstaltungen im Rahmen besonderer EU bezogener Ereignisse und beim Aufbau regionaler Diskussionsplattformen unterstützt werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen

Haushaltsplan 2015/2016
**Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Minis-
terpräsidenten und der Staatskanzlei**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Berichterstatter: **Harald Kühn**
Mitberichterstatterin: **Claudia Stamm**

Folgende Anträge werden zur **Ablehnung** empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine zusätzliche Stelle für den Familienpakt
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 17/3610
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine unbegründete Verdoppelung von Ausgaben in der Staatskanzlei
(Kap. 02 01 Tit. 529 01, 529 03 und 546 49)
Drs. 17/3611

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Sonderausgaben für den G8-Gipfel durch die Staatskanzlei
(Kap. 02 03 Tit. 532 01)
Drs. 17/3612
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Susann Biedefeld, Dr. Linus Förster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Landesmittel für die bayerischen Europe Direct Informationszentren
(Kap. 02 03 TG 53)
Drs. 17/3735

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 02 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen.
Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 02 in seiner 45. Sitzung am 6. November 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 02 werden abgelehnt:

Drs. 17/4425

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine zusätzliche Stelle für den Familienpakt
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 17/3610
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine unbegründete Verdoppelung von Ausgaben in der Staatskanzlei
(Kap. 02 01 Tit. 529 01, 529 03 und 546 49)
Drs. 17/3611

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Sonderausgaben für den G8-Gipfel durch die Staatskanzlei
(Kap. 02 03 Tit. 532 01)
Drs. 17/3612
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Dr. Linus Förster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Landesmittel für die bayerischen Europe Direct Informationszentren
(Kap. 02 03 TG 53)
Drs. 17/3735

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Stellvertretende Ministerpräsidentin Ilse Aigner

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Thomas Kreuzer

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Karl Freller

Abg. Thomas Gehring

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

hierzu:

Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 17/3735)

und

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/3610 mit 17/3612)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von drei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 50 Minuten, auf die SPD-Fraktion 32 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 50 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Da der Herr Ministerpräsident erkrankt ist, übernimmt für ihn die Aufgabe die stellvertretende Ministerpräsidentin, Frau Staatsministerin Ilse Aigner.

Ich eröffne die Aussprache. Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Stellvertretende Ministerpräsidentin Ilse Aigner: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal herzlichen Dank für die freundlichen Glückwünsche. Ich möchte heute als Erstes die besten Genesungswünsche unserem Ministerpräsidenten schicken, der leider erkrankt ist, weshalb ich heute in die Haushaltsdebatte einführen darf. Die besten Wünsche zur Genesung an unseren Ministerpräsidenten!

(Allgemeiner Beifall)

Vor rund einem Jahr hat dieser Landtag seine Arbeit aufgenommen. Die Wirtschaft war zu der Zeit in einem echten Höhenflug und die Steuereinnahmen waren besser als erträumt. Es gab keine Krim-Krise. Islamistische Söldner aus Bayern waren unvorstellbar. Der IS-Terror war zu diesem Zeitpunkt kein Begriff. Es gab keine Flüchtlingswelle und kein Ebola. Und heute? In der Ostukraine reden wir von Krieg, die Terrororganisation Islamischer Staat ist in allen Nachrichten. Syrien, Nordirak und der Nahe Osten sind von Gewalt überzogen. 50 bis 60 Millionen Menschen sind auf der Flucht, allein aus Syrien 9 Millionen Menschen, fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung.

Nicht nur Europa muss eine Flüchtlingswelle bewältigen. Auch für Bayern heißt das: Die Zeiten werden härter. Alles, was auf der Welt passiert, schlägt auch bis zu uns nach Bayern durch.

In diesen Zeiten sind natürlich Freunde und Partner aus der ganzen Welt noch wichtiger als sonst. Im nächsten Jahr schaut die gesamte Welt auf uns. Der G7-Gipfel in Elmau ist eine große Chance für unser Land.

In der letzten Woche haben wir – der Ministerpräsident an der Spitze – die Repräsentanz des Freistaates Bayern in Prag eröffnet. Gemeinsam haben wir Vertrauen und Freundschaft aufgebaut, gemeinsam haben wir Türen geöffnet zum Wohle der Menschen in Tschechien, aber auch in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Das, meine Damen und Herren, geschah in engster Zusammenarbeit und im Einvernehmen mit den Sudetendeutschen. Die Repräsentanz des Freistaates Bayern ist ein echtes Symbol für die Kraft menschlicher Begegnung, ein Symbol für ein gemeinsames Europa.

Meine Damen und Herren, die Zeiten werden härter. Der Preis für Sicherheit, Frieden, Freiheit und Wohlstand wird höher, und das auch für uns in Bayern. In dieser Situation

müssen wir über Außen- und Sicherheitspolitik reden, aber wir müssen auch wieder stärker darüber reden, wie wir Arbeitsplätze in Deutschland sichern können.

Weder Asien noch die Vereinigten Staaten von Amerika warten auf Europa, und sie warten, mit Verlaub, auch nicht auf Bayern.

Die Asien-Pazifik-Region erbringt schon heute 40 % der gesamten globalen Wirtschaftsleistungen. Die Vereinigten Staaten stehen nach wie vor auf Platz eins der wettbewerbsfähigsten Länder. Erstes EU-Land ist Schweden auf Platz fünf, gefolgt von Deutschland auf Platz sechs.

Die deutsche Wirtschaft hat etwas an Fahrt verloren, man kann auch sagen: Sie hat spürbar an Fahrt verloren, auch wenn zuletzt die Konjunkturdaten leicht nach oben gegangen sind. Die Konjunktur ist eben kein Selbstläufer. Noch geht es den Menschen in Bayern gut, aber wir dürfen nicht den Fehler machen, uns einfach zurückzulehnen. Jedem muss klar sein, Deutschland und Bayern sind keine Insel des Wohlstands und der Sicherheit.

Für uns in Bayern heißt das: Wünschenswertes muss dem Machbaren und dem Notwendigen weichen. Jetzt müssen wir die Grundlagen unseres sozialen Wohlstandes sichern, erneuern und vor allem auch zukunftsfest machen. Dazu gehört das kleine Einmaleins der sozialen Marktwirtschaft: Vor dem Verteilen steht immer noch das Erwirtschaften.

(Beifall bei der CSU)

Im Auftrag des Ministerpräsidenten und der Staatsregierung danke ich der Regierungsfraktion – an der Spitze Thomas Kreuzer, dem Fraktionsvorsitzenden – und ganz besonders auch unserem Finanzminister Söder für die solide Haushaltspolitik.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Wir tilgen, wir investieren, und wir sorgen vor allem auch für härtere Zeiten vor. Unser Auftrag in diesen Zeiten lautet: präventive Wirtschaftspolitik, Arbeitsplätze sichern und Chancen für morgen schaffen.

Solide Finanzen sind nun einmal die Grundlage für eine gute Zukunft. Der bayerische Dreiklang heißt folgendermaßen:

Erstens. Keine neuen Schulden.

(Beifall bei der CSU)

Wir in Bayern machen bereits zum zehnten und zum elften Mal in Folge keine neuen Schulden im allgemeinen Haushalt. Andere folgen. Ich finde es wirklich eine phänomenale Leistung, dass die Bundesregierung jetzt zum ersten Mal seit 1969 einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorlegt.

Zweiter Punkt: Maßhalten. Wir steigern den Haushalt nur sehr behutsam und sorgen vor. Der Ausgabedeckel von 3 % ist eingehalten.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Punkt: Wir tilgen alte Schulden. Das ist eine wirkliche Besonderheit. Bis zum Jahr 2016 haben wir rund 3,6 Milliarden Euro an Schulden abgebaut.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, auch dieser Doppelhaushalt steht unter der Überschrift "Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit". Wir leben eben nicht auf Kosten unserer Zukunft und der Zukunft unserer Kinder.

(Beifall bei der CSU)

Das erwarten wir eigentlich auch von allen anderen Ländern, und dafür müssen die Anreize stimmen. Bayern trägt jetzt mit über 5 Milliarden Euro im Jahr mehr als die Hälfte des gesamten Länderfinanzausgleichs. Davon erhält allein Berlin 2,5 Milliarden,

ohne dass eine solide Haushaltspolitik dort überhaupt in Sicht wäre. So geht das in Zukunft nicht mehr.

(Beifall bei der CSU)

Föderalismus heißt zuallererst Eigenverantwortung, dann Solidarität für alle, die sich nicht selbst helfen können. Der Länderfinanzausgleich muss zwingend reformiert und vor allem auch gerechter gestaltet werden.

In zwei Tagen treffen sich die Regierungschefs der Länder mit der Bundeskanzlerin. Da kommt zu Recht alles auf den Tisch. Die bayerische Marschroute ist klar: Eigenverantwortung stärken, Kommunen entlasten, bayerische Interessen durchsetzen.

Schauen Sie in die Schuldenstaaten Europas! Wer zahlt eigentlich die Zeche für unsolide Finanzen? - Die Rentner, die Arbeitnehmer, die kleinen Leute und nicht zuletzt die Jugend. Wer wirklich sozial sein will, der muss auf Dauer für solide Finanzen sorgen. Andere häufen Schulden an. Bei uns in Bayern läuft die Schuldenuhr rückwärts. Bayern wird im Jahre 2030 schuldenfrei sein.

(Beifall bei der CSU)

Tilgen und gleichzeitig kräftig investieren, das kann nur Bayern. Ich muss sagen, es ist wirklich eine Besonderheit in Bayern, und es ist auch generationengerecht.

Der Haushalt ist unser Kursbuch für die Zukunft.

Wir setzen erstens auf Innovation und stärken die Chancen im internationalen Wettbewerb. Zweitens. Wir fördern die Befähigung und die Teilhabe aller Menschen. Drittens. Wir arbeiten für Sicherheit und Zusammenhalt.

Unser Ziel lautet: Bayern ist das Land der Möglichkeiten. Dazu stellen wir die Infrastruktur – beim digitalen Aufbruch – für Existenzgründer, aber auch bei Verkehr und Energie.

Der digitale Aufbruch läuft auf Hochtouren. Niemand Geringeres als die EU-Kommission bescheinigt München den ersten Platz unter den europäischen IT-Leuchttürmen noch vor London und vor Paris. Allerdings reicht uns das nicht. Wir schaffen Chancen für die digitale Infrastruktur im ganzen Land. Mit der Strategie "BAYERN DIGITAL" gehen wir in die Offensive. Wir verdreifachen die Breitbandförderung für unsere Gemeinden auf bis zu 1,5 Milliarden Euro. Das, meine Damen und Herren, ist eine Riesenleistung.

(Beifall bei der CSU)

Wir bauen ein Zentrum Digitalisierung Bayern. Mit insgesamt 1,8 Milliarden Euro investieren wir mehr als jedes andere deutsche Land in den digitalen Aufbruch. Gleichzeitig erweitern wir den bayerischen Markenkern Sicherheit. Bayern soll auch bei der Netzsicherheit der Pionier und Marktführer sein, zum Beispiel mit dem Aushängeschild Cyber-Allianz-Zentrum Bayern.

Meine Damen und Herren, bayerische Unternehmen treiben die Industrie 4.0 voran. Das ist die Wertschöpfung auch der Zukunft. MTU fertigt Turbinenteile im 3D-Druck, KUKA automatisiert mit seinen Robotern die ganze Welt, Audi und BMW vernetzen das Automobil mit der Datenwelt. Die Welt der Maschinen und das Internet verschmelzen ineinander. Wer mithalten will, der muss die Chancen der Vernetzung von Industrie, Dienstleistung und Internet nutzen. Wir unterstützen die bayerische Wirtschaft mit dem Zentrum für digitalisierte Produktion in Nürnberg und dessen Außenstellen in Coburg, Bamberg und München. Damit schaffen wir Arbeitsplätze und soziale Sicherheit für die Menschen vor Ort.

Meine Damen und Herren, seit letzter Woche steht auch etwas Besonderes fest: Europa baut eine neue Trägerrakete: Ariane 6.

(Beifall bei der CSU)

Noch schöner ist die Nachricht, dass mit massiver Unterstützung des Ministerpräsidenten die Zusatzraketen auch künftig aus Augsburg kommen. Das ist wirklich ein großer Erfolg für den Raumfahrtstandort Bayern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Chancen im ganzen Land – dafür steht unsere Heimatstrategie. In Nordbayern investieren wir bis 2018 fast 600 Millionen Euro in 55 Projekte. Auch in Südbayern investieren wir in 44 Projekte, unter anderem in das Gründerzentrum "Internet und digitale Medien".

Meine Damen und Herren, Bayern ist immer noch das Gründerland Nummer 1, und das soll es auch bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Wir stellen aber fest: Die Dynamik nimmt insgesamt ab. Deswegen schaffen wir mehr Wagniskapital und geben noch bessere Starthilfe. Mit unserer Initiative "Gründerland Bayern" bereiten wir den Boden für mehr Start-ups.

Im Februar haben wir den Startschuss für den Siemens-Campus in Erlangen gegeben.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ein Investitionsvolumen von 500 Millionen Euro ist ein ganz klares Bekenntnis zum Standort Bayern und eine Auszeichnung für das Zukunftsland Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Gleichzeitig zum Ausbau der digitalen Infrastruktur müssen wir mehr in Straßen und Schienen investieren. Unsere Unternehmen und tagtäglich Millionen von Pendlern sind auf gute Verkehrswege im Freistaat angewiesen. Ich sage sehr deutlich, dass

auch eine jede marode Brücke eine versteckte Staatsverschuldung zulasten unserer Nachkommen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

- Alles wunderbar, Herr Halbleib.

Bayern geht voran mit 250 Millionen Euro für die Staatsstraßen. Meine Damen und Herren, das ist ein Kraftakt, und das ist auch ein Zeichen. Wir treiben wichtige Verkehrsprojekte voran. Ich nenne nur den Frankenschnellweg, den Erdinger Ringschluss oder auch die Zweite Stammstrecke.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist und bleibt Motor der Energieversorgung für das 21. Jahrhundert. Sicher, bezahlbar und umweltfreundlich – diesen Anspruch stellen Unternehmer, aber auch die Bürgerinnen und Bürger. Meine Damen und Herren, bereits heute decken wir – ich kann das nur immer wieder sagen – 35 % des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien. Wir wollen 2021 bei 50 % sein. Bayern ist deutschlandweit Spitzenreiter bei der Wasserkraft und bei der Photovoltaik. Viele bayerische Firmen im Bereich Energie- und Umwelttechnik sind stark im Export und schaffen auch hier neue Arbeitsplätze.

Wir haben gemeinsam in der Großen Koalition in Berlin Erfolge bei der Begrenzung der EEG-Umlage erzielt. Wir haben für energieintensive Unternehmen Ausnahmen geschaffen, die für viele Regionen in Bayern existenzwichtig sind. Wir haben auch beim Eigenstromprivileg die Sicherung des Bestandsschutzes vorgenommen.

Meine Damen und Herren, wir wollen bei der Energieeffizienz neue Maßstäbe setzen. Das heißt eben nicht nur mehr Geld für die Wärmedämmung, sondern das heißt auch intelligente Netze, neue Energiespeicher und bessere Steuerung beim Verbrauch. Bayern geht voran mit einem 10.000-Häuser-Programm für private Hausbesitzer. Das ist der richtige Weg: pragmatisch, nah am Bürger und deshalb auch erfolgreich.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben deshalb auch einen sehr breit angelegten Energiedialog gestartet. Die Energiewende ist nun einmal ein gesamtgesellschaftliches Projekt, eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Deshalb müssen wir unsere politischen Entscheidungen auf ein stabiles gesellschaftliches Fundament stellen. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir müssen auch mit den Betroffenen ins Gespräch kommen. Ich kann Ihnen aus den Sitzungen der Arbeitsgruppen berichten, die sehr konstruktiv verlaufen. Es ist sehr wichtig, dass die Betroffenen gehört werden, dass sie ihre Argumente vorbringen können. Dies wird auch sehr wohl anerkannt, bis hin zu sehr persönlichen Gesten, dass einem sogar persönlich Handgemachtes aus Dankbarkeit dafür überreicht wird, dass man sie in den Dialog einbindet. Meine Damen und Herren, dies ist auch wichtig, weil dies die Möglichkeit gibt, Entscheidungen zu diskutieren, aber auch zu begründen. Meine Damen und Herren, das ist der Politikstil, der zukunftsfähig sein wird.

(Beifall bei der CSU)

Zu einem zukunftsfähigen Bayern gehört aber auch eine moderne Landwirtschaft. Dafür tun wir sehr viel. Mit Landesmitteln gleichen wir das aus, was bei der GAP-Reform auf der europäischen Ebene gekürzt wird. Meine Damen und Herren, das gibt es auch nur in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir unterstützen die Landwirte bei der artgerechten Tierhaltung und stärken ihre Betriebe mit 500 Millionen Euro. Wir bauen das Bayerische Kulturlandschaftsprogramm aus: 1,25 Milliarden Euro für eine nachhaltige Landwirtschaft – auch das, meine Damen und Herren, gibt es in keinem anderen Land in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Wir unterstützen unsere Forstwirte zum Beispiel beim Aufbau von klimatoleranten Mischwäldern. Das ist ein wichtiger und ein neuer Ansatz. In Bayern hat sich längst herumgesprochen: Land- und Forstwirtschaft hat Zukunft und bietet auch Zukunft.

Wir in Bayern sind stolz auf unsere wunderbare Landschaft, eine Natur, die wirklich einzigartig ist, eine Schöpfung, zu deren Erhalt wir verpflichtet sind. Unsere Programme zum Klimaschutz und zur natürlichen Vielfalt sind international beachtete Großprojekte. Wir beweisen: Bayern ist Vorreiter bei der Nachhaltigkeit und beim Umweltschutz. Ich nenne das international beachtete Biosphärenreservat Rhön für nachhaltige Entwicklung. Die UNESCO hat vor Kurzem die Erweiterung anerkannt. Allein in Bayern stehen 1.300 Quadratkilometer unter besonderem Schutz – das entspricht übrigens mehr als der doppelten Fläche des Bodensees.

Meine Damen und Herren, wirtschaftlicher Erfolg, kultureller Reichtum und landschaftliche Schönheit – das alles macht Bayern lebens-, aber auch liebenswert.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Alles von der CSU!)

Ökologie und Ökonomie sind in Bayern eben kein Widerspruch. Wir gestalten die Zukunft im Einklang mit den Menschen und mit der Natur. Der Aufbruch in die Zukunft geht nur mit den Bürgern gemeinsam. Diese Staatsregierung steht für die Koalition mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Die Menschen in Bayern haben die Kraft zu Lösungen, zu Initiativen und zu neuen Ideen. Auf diese Kompetenzen bauen wir.

Die Menschen in Bayern wissen auch sehr genau: Aktive Wirtschaftspolitik, Wachstum und solide Finanzen sind kein Selbstzweck. Erfolgreiche Unternehmen, junge Existenzgründer, Mut zum Risiko – all das sind Voraussetzungen für Teilhabe und nachhaltigen Wohlstand, für höchste Lebensqualität und für soziale Sicherheit. Bayern ist so erfolgreich, weil Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften gemeinsam anpacken für

eine soziale und eine nachhaltige Marktwirtschaft, die den Menschen dient. Dafür steht diese Regierungsfraktion, und dafür steht die Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Kinder und Jugendlichen werden mit jungen, mit ehrgeizigen Menschen in aller Welt konkurrieren. Gute Bildung heute bedeutet letztendlich den Wohlstand von morgen. Bei allem Konkurrenzdruck ist uns in Bayern mindestens genauso wichtig, dass unsere Kinder Charakterstärke, soziales Engagement und auch Neugierde entwickeln. Darauf legt diese Staatsregierung in jeder Schulart großen Wert.

Bayern ist ein Chancenland. Seit 2008 haben wir 100 neue Schulen und über 53.000 neue Studienplätze geschaffen.

Wir investieren bereits jetzt mehr als ein Drittel des Haushalts in Bildung. In den nächsten beiden Jahren werden es zusätzlich rund 1,4 Milliarden Euro sein.

(Beifall bei der CSU)

Wir entwickeln das Gymnasium weiter. Wir packen an für Inklusion und individuelle Förderung. Bayern ist und bleibt, meine Damen und Herren, das Bildungsland Nummer 1 in ganz Deutschland.

Bis 2018 gibt es an allen Schularten für jede Schülerin und jeden Schüler bis zu 14 Jahren ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot. Diese Garantie werden wir einhalten.

Wir stärken natürlich auch ganz konsequent unser duales Ausbildungssystem; denn das ist unser größter Trumpf, meine Damen und Herren, wenn es um die Fachkräftesicherung geht. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal, das wir uns insbesondere für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht nehmen lassen sollten.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen diese Stärke weiter nutzen und konsequent weiterentwickeln. Deshalb geben wir mehr als jedes andere Bundesland für die berufliche Bildung und Ausbildung aus. Wir werden auch künftig rund 30 Millionen Euro im Jahr investieren, weil wir wissen, dass dieses Geld mit Sicherheit gut angelegt ist. Leider ziehen nicht alle hier in diesem Haus an einem Strang. Aber ich hoffe immer noch, Sie überzeugen zu können.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Meine Damen und Herren, Bayern soll nachweisbar auch das familienfreundlichste Land sein. Im Juli haben wir mit der bayerischen Wirtschaft den Familienpakt unterzeichnet – ein wichtiger Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Zuruf von der SPD: Wahnsinn!)

Im Bund haben wir die Mütterrente durchgesetzt. Ich sage Ihnen nach wie vor: Das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Die Finanzierung aber auch, Frau Aigner!)

Mit unserem Doppelhaushalt schnüren wir ein neues Kraftpaket für unsere Familien. Wir starten eine Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung und verbessern die Finanzierung aller Kindertageseinrichtungen. Wir erhöhen die Einkommensgrenzen beim Landeserziehungsgeld. Deshalb werden künftig mehr Familien davon profitieren. Die auf Bayern entfallenden Mittel des Bundes zum Krippenausbau reichen wir vollständig an die Kommunen weiter.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Müsst ihr ja!)

Gerade in unruhigen Zeiten, im Zeitalter der Beschleunigung und der Globalisierung, ist Familie sehr wichtig. Familien sorgen für Halt, sie sorgen für Geborgenheit und auch für Werte.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, in Bayern fühlen sich die Menschen sicher. Sicherheit ist sehr wichtig für die Lebensqualität. Sicherheit ist auch ein starkes Argument für den Standort Bayern. Nur wer sich sicher fühlt, investiert. Nur wer sich sicher fühlt, schafft Arbeitsplätze und geht mutig in die Zukunft.

Andere Länder bauen Stellen für Polizisten ab. Mit über 40.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben wir bei der bayerischen Polizei den höchsten Personalstand aller Zeiten.

(Beifall bei der CSU)

Dazu kommen jetzt 350 neue Stellen für die Justiz. Bayern hat die niedrigste Kriminalitätsrate in Deutschland und eine der höchsten Aufklärungsquoten. Im Namen der Staatsregierung danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowohl der Polizei als auch der Justiz für ihren großartigen Einsatz. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir sind auch gegen neue Bedrohungen gerüstet. Beispiel Salafismus: 550 radikale Islamisten aus Deutschland kämpfen in Syrien und im Irak für die Terrormiliz "Islamischer Staat". Zwei Drittel von ihnen haben einen deutschen Pass. Von den Rückkehrern geht erhebliche Gefahr aus. Das ist eine große Herausforderung, auch für die Polizei und den Verfassungsschutz.

Ausländische Extremisten werden in Bayern konsequent abgeschoben. Gegen deutsche Extremisten gehen wir mit aller Härte vor. Islamistischer Terror darf keinen Platz haben – nicht bei uns und nirgendwo auf der Welt, meine Damen und Herren!

Bayern ist nur so stark wie seine Kommunen. Deshalb arbeiten wir in Bayern und auch im Bund für unsere Kommunen, zum Beispiel bei den Leistungen für Menschen mit Behinderung. Wir schultern einen kommunalen Finanzausgleich auf Rekordniveau.

Bayern ist und bleibt ein kommunalfreundliches, wenn nicht sogar das kommunalfreundlichste Land.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Für immer mehr Menschen in unseren Städten ist *die* soziale Frage unserer Zeit die Frage nach bezahlbarem Wohnraum. Wir unterstützen dieses wichtige Ziel mit der Mietpreisbremse und weiteren Initiativen auf Bundesebene.

Meine Damen und Herren, Gastfreundschaft, Solidarität und Nächstenliebe zeichnen die Menschen in Bayern aus.

(Beifall bei der CSU)

Dies gilt auch gegenüber den vielen Menschen, die in diesem Jahr als Asylbewerber zu uns gekommen sind.

(Zuruf von der SPD: Sie müssen nur Deutsch sprechen!)

Ich danke den Kommunen, ich danke den Kirchen, ich danke den Sozialverbänden für ihren großartigen Einsatz vor Ort.

(Beifall bei der CSU, der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich möchte besonders auch den vielen Menschen danken, die ehrenamtlich helfen. Ich nenne die Bürgerinnen und Bürger, die Patenschaften für Flüchtlinge übernehmen, und ich nenne auch die Lehrerinnen und Lehrer, die freiwillig Deutschkurse anbieten.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Sie alle zeigen Solidarität mit unseren Mitmenschen. Füreinander eintreten – das macht Bayern aus, meine Damen und Herren. Dafür steht auch unser Asylgipfel vom September. Staat, Kommunen, Verbände und Kirchen haben im Konsens drei Grundsätze erarbeitet.

Erstens. Humanität im Umgang mit den Menschen, die zu uns kommen. Dazu haben wir sehr viel getan. Neue Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen wurden geschaffen, es gibt weitere Erstaufnahmeeinrichtungen in allen Regierungsbezirken sowie einen Winternotfallplan mit über 20.000 Plätzen und nicht zuletzt eine bessere medizinische Versorgung.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Wir können nur dann den wirklich Notleidenden helfen und die Akzeptanz in der Bevölkerung bewahren, wenn wir auch künftig entschieden gegen Asylmissbrauch vorgehen.

(Beifall bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Bravo!)

Jeder, der nach Bayern kommt, muss wissen: Jedem Berechtigten wird geholfen. Aber, meine Damen und Herren, der Rechtsstaat lässt sich auch nicht erpressen, weder mit inszenierten Protesten noch mit falschen Parolen.

Drittens. Wir brauchen eine neue Entwicklungszusammenarbeit. Dafür müssen wir auch mehr Geld in die Hand nehmen. Kein Mensch – da können Sie sicher sein – verlässt ohne Not seine Heimat. Wir wollen die Menschen vor Ort unterstützen, damit sie in ihrer Heimat bleiben können und eine bessere Zukunft für ihr Land aufbauen können.

(Beifall bei der CSU)

Unser christlich-soziales Koordinatensystem ist richtig: pragmatische Hilfe und gleichzeitig Kampf gegen die Ursachen der Not in den Heimatländern.

(Beifall bei der CSU)

Für uns in Bayern gilt: Bayern ist das Land der gelingenden Integration. Aber auch hier können wir immer noch besser werden. Dazu werden wir im nächsten Jahr ein Konzept "Zukunft Integration" auflegen.

Viele der Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak werden länger bei uns bleiben. Eine wichtige Aufgabe lautet: Jugendliche sollen leichter in eine Ausbildung und Erwachsene leichter in Arbeit kommen. Dafür prüfen wir alle Möglichkeiten.

Wir stehen für einen verlässlichen Staat; wir sind da für Menschen, die unsere besondere Unterstützung brauchen.

Menschen, die auch besondere Unterstützung brauchen, sind Menschen mit Behinderung. Hier haben wir ein sehr, sehr ehrgeiziges Ziel: "Bayern -Barrierefrei 2023". Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir nur gemeinsam schultern können: Staat, Kommunen, Wirtschaft und alle gesellschaftlichen Gruppen, jeder in seinem Verantwortungsbereich.

Wir konzentrieren uns zunächst auf Mobilität, Bildung und Gebäude. Wir setzen Zeichen mit unserem neuen Ministerium für Gesundheit und Pflege: In Bayern kann sich jeder auf eine gute medizinische Versorgung und auf Spitzenmedizin verlassen. Wir fördern die Gesundheitsversorgung, auch in den ländlichen Räumen. Mit über 500 Millionen Euro werden wir zusammen mit den Kommunen das hohe Niveau der staatlichen Krankenhausförderung fortführen.

Herr Kollege Hermann Imhof ist seit Anfang dieses Jahres der Patienten- und Pflegebeauftragte der Bayerischen Staatsregierung.

Unser Credo für die ältere Generation lautet: Diese Menschen sollen möglichst lange selbstbestimmt in ihrem gewohnten Umfeld bleiben. Dafür arbeiten wir mit dem Programm "Selbstständig älter werden".

Meine Damen und Herren, die Pflege liegt in den Händen von Menschen. Die Pflegekräfte leisten einen großartigen Dienst an den Menschen.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Dienst muss besser honoriert werden. Dazu gehören eine bessere Bezahlung und ein besserer Personalschlüssel.

Gerade in Zeiten globaler Krisen brauchen wir Ankerpunkte und Orientierung. Meine Damen und Herren, Tradition, Brauchtum und Kunst sind für uns daher kein Luxus, sondern das Fundament unserer Heimat.

(Beifall bei der CSU)

Wir gehen auch hier voran. Ich nenne als Beispiele das Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg, die Festung Marienberg in Würzburg und das Sudetendeutsche Museum in München.

Bayern ist und bleibt etwas ganz Besonderes. Die Menschen in Bayern helfen zusammen. Sie packen an, wenn Bedürftigkeit gegeben ist. Meine Damen und Herren, ich möchte in diesem Zusammenhang auch Markus Sackmann nennen, der sich als neuer Ehrenamtsbotschafter für unsere Heimat starkmacht.

(Beifall bei der CSU)

Die Menschen in Bayern bekennen sich klar zu unseren Werten. Werteorientierung in Bayern ist tägliche Lebenspraxis. Wir wollen diesen großartigen Schatz an unsere Jugend weitergeben. Dafür arbeitet das Wertebündnis Bayern mit über 120 Mitgliedern. Mit ihren Ideen und ihren Projekten haben sie sich über Bayern hinaus einen sehr guten Namen gemacht. Wir krönen diese Erfolgsgeschichte mit der Schaffung der neuen Stiftung "Wertebündnis Bayern".

Meine Damen und Herren, die Zeiten haben sich geändert. Nichts ist mehr selbstverständlich. Unsere Werte, unsere Lebenseinstellung und unsere Grundsätze werden herausgefordert. Umso wichtiger sind stabile Verhältnisse und Zuverlässigkeit.

Wir halten an soliden Finanzen fest. Wir sorgen für Stabilität. Wir schaffen neue Chancen. Wir haben die Zukunft fest im Blick. Arbeit, Perspektiven, soziale Sicherheit und

Lebensqualität heute und morgen, dafür steht der neue Doppelhaushalt des Freistaats Bayern. Ich möchte mich ganz herzlich, stellvertretend bei dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Herrn Winter, für die Tätigkeit des Haushaltsausschusses bedanken.

(Beifall bei der CSU und der SPD)

Ich bitte das Hohe Haus, diesem Doppelhaushalt zuzustimmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte um Ihre Unterstützung für Bayern.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Als nächstem Redner erteile ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Markus Rinderspacher, das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Na, der Schlussapplaus war dann doch ganz ordentlich. – Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Sollten Sie in den Wohnzimmern oder im Internet unsere Debatte verfolgen: Welcome to Bavaria. Benvenuto in Bavaria. Bavyera ia hosgeldiniz. Witamy serdecznie. Schön, dass Sie in den Wohnstuben Bayerns unsere Plenardebatte verfolgen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Josef Zellmeier (CSU): Weiter so!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Beratungen am Jahreswechsel über den Haushalt bieten traditionell die Möglichkeit zu einer Generalaussprache: Was wurde in den vergangenen 14 Monaten seit Beginn der Legislaturperiode geleistet? Welche politischen Projekte wurden auf den Weg gebracht? Dabei geht es nicht darum, den jeweils anderen von der Regierung oder der Opposition argumentativ niederzuringen. Es geht auch nicht darum, jedes einzelne Themenfeld der bayerischen Landespolitik anzusprechen. Dazu würde meine Redezeit gar nicht ausreichen. Es geht um die Fragen: Stimmt die Richtung in Bayern? Was lief in den vergangenen Jahren gut, was lief weniger gut? Was muss korrigiert werden? Welche neuen Entwicklungen zwingen zum

Handeln? Wo bleibt die Regierung hinter ihren Versprechen und Ankündigungen zurück?

Es ist bedauerlich, dass der Ministerpräsident heute krankheitsbedingt nicht Rede und Antwort stehen kann. Die Gesundheit geht aber selbstverständlich vor. Ich wünsche dem Ministerpräsidenten gute Besserung und eine baldige Genesung.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Jahr 2014 tatsächlich das erlebt, was den klassischen Unterschied zwischen einer Koalitions-Regierung und einer Allein-Regierung ausmacht. Im Bund regieren drei Parteien, die CDU, die SPD und die CSU. Sie haben in einem Koalitionsvertrag wichtige Vorhaben vereinbart und diese nun in gemeinsamer Verantwortung für das Land umgesetzt. Im Rückblick auf das Jahr 2014 können wir gemeinsam feststellen: Das Jahr 2014 war mit einer Bundesregierung der Großen Koalition ein gutes Jahr für Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Die Koalition hat bereits im ersten Regierungsjahr wichtige politische Vorhaben umgesetzt und dabei für eine bessere soziale Balance in der Bundesrepublik gesorgt. In 22 Tagen wird endlich das Wirklichkeit, wofür die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften bereits seit über einem Jahrzehnt gekämpft haben: Der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro kommt.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von diesem Mindestlohn profitieren allein in Bayern 550.000 Menschen. Der 1. Januar 2015 bedeutet für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land eine satte Gehaltserhöhung im deutlich zweistelligen Prozentbereich, um 12, 15, 18 und teilweise über 20 %. Das ist eine historische sozialpolitische Wegmarke für mehr Fairness auf dem Arbeitsmarkt, auch bei uns in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Mütterrente und der Möglichkeit, nach 45 Versicherungsjahren bereits mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente zu gehen, findet die Lebensleistung der älteren Generation mehr Anerkennung. Dabei geht es nicht um staatliche Geschenke, wie dies manche formuliert haben, sondern darum, dass die Lebensleistung derer, die unser Land aufgebaut haben, ein Stück weit gewürdigt wird. Die Menschen haben ein solches Geschenk nicht nötig. Sie haben es sich erarbeitet, und sie haben es sich verdient.

(Beifall bei der SPD)

Besonders erfreulich sind für mich die Verbesserungen für die Mieterinnen und Mieter. Wir sorgen für ein Mehr an Gerechtigkeit statt des bislang geltenden Rechts des Stärkeren. Der Wohnungsmarkt glich bislang vielerorts dem Wilden Westen. Jetzt kehrt endlich auch in Goldgräberstädten die Zivilisation ein, beispielsweise bei uns in der Landeshauptstadt München. Mit der Mietpreisbremse wird der Druck auf die Wohnungsmärkte in den großen Ballungszentren abgeschwächt. Die Mieten werden nicht mehr weiter explodieren können, wie das in den letzten Jahren der Fall war. Mieterhöhungen dürfen nicht über 10 % der ortsüblichen Vergleichsmiete betragen. Bei der Maklergebühr gilt künftig das Bestellerprinzip: Wer anschafft, der bezahlt. Nach dem GBW-Desaster und der Privatisierung Tausender staatlicher Wohnungen sind das endlich einmal gute Nachrichten für die Mieterinnen und Mieter bei uns im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Auch auf anderen Politikfeldern ist manches vorangekommen, was in den Jahren zuvor liegen geblieben war, die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, die den Anstieg der Strompreise bremst, mehr Bildungsgerechtigkeit mit der BAföG-Reform, die Frauenquote und die doppelte Staatsangehörigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Deutschland und damit auch Bayern ist im Jahr 2014 ein Stück weit sozialer und demokratischer und in der Gesellschaftspolitik moderner und menschlicher geworden. Das war ein guter Start einer guten Bundesregierung. Ich bedanke mich bei unseren politischen Partnern im Bund für die Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ohne jede Frage, es ist wünschenswert, auch in anderen wichtigen Sachfragen über die Parteigrenzen hinweg zu kooperieren. Der gegenwärtige Länderfinanzausgleich ist für uns in Bayern völlig unakzeptabel.

(Zurufe von der CSU: Ach! Ach!)

Wir hätten in Bayern genügend Projekte, die wir mit den fünf Milliarden, die dieses Jahr überwiesen werden müssen, in Angriff nehmen könnten. Darin sind wir uns mit der CSU einig. Nicht durchgehen lassen wir Ihnen aber den Versuch, für diese schlechte Regelung jemand anderem die Verantwortung zu übertragen statt Ihnen selbst.

(Beifall bei der SPD)

Der frühere CSU-Chef Edmund Stoiber hat den Vertrag über den Länderfinanzausgleich ausgehandelt. Die Fehler von damals müssen nun gemeinsam korrigiert werden. Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, dass die Belastungen für den Freistaat Bayern künftig sinken werden.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweites Thema bietet sich aktuell für gemeinsame Initiativen der beiden Volksparteien in Bayern an. Wenn es darum geht, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern zu entlasten, sollten wir parteiübergreifend an einem Strang ziehen. Es könnte ein gutes gemeinschaftliches Anliegen der beiden Volksparteien SPD und CSU in Bayern sein, dieses Thema ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen. Wir brauchen

Steuererleichterungen für die kleineren und mittleren Einkommen. Wir wollen die kalte Progression so schnell wie möglich abschaffen. Das ist unsere Position, und dafür sollten wir gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Der Bayerische Ministerpräsident hatte zuletzt noch davor gewarnt, die kalte Progression zu früh abzuschaffen. Das sei vor 2017 bzw. 2018 nicht möglich. Er hat sich damit ein Stück weit vom Bayerischen Finanzminister Markus Söder distanziert, der weitere Spielräume gesehen hat. Nun ist Herr Söder nicht da, aber ich möchte ihm gerne zurufen: Herr Staatsminister, man kann gelegentlich den Eindruck haben, dass das Geplänkel zwischen Ihnen und dem Ministerpräsidenten auch andere Hintergründe hat. Hier sollten wir gemeinsam den Bayerischen Ministerpräsidenten, aber auch die Bundeskanzlerin und den Bundesfinanzminister davon überzeugen, dass Gehaltssteigerungen künftig nicht mehr von der Steuer aufgeessen werden dürfen. Wir brauchen hierfür eine angemessene Perspektive, und das bedeutet für uns, die SPD, nicht erst 2017, wie es Herr Seehofer vorgeschlagen hat, sondern früher. Wir brauchen in einer angemessenen Perspektive einen ersten Schritt zum Abbau der kalten Progression. Lassen Sie uns das möglichst schnell gemeinsam erledigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, tatsächlich war die Große Koalition die Wunschkonstellation der Deutschen im Jahr 2013, und sie ist es bis heute. Die Deutschen schätzen den politischen Kompromiss und die Machtbalance zwischen den Parteien. Sie erwarten Gesprächsbereitschaft und Dialogfähigkeit zwischen den politischen Akteuren.

In Bayern gab es 2014 für die Regierungspartei mit einer absoluten Mehrheit keine Notwendigkeit der Zusammenarbeit. Politikwissenschaftler sagen, es ergebe sich bei einer absoluten Mehrheit das Risiko, dass sich die Selbstherrlichkeit in einer Reihe von Affären und Skandalen widerspiegeln könnte, die für absolute Mehrheiten symptomatisch seien, insbesondere nach mehreren Jahrzehnten der Alleinherrschaft.

(Beifall bei der SPD)

Ich überlasse es heute Ihrer geschätzten Analysefähigkeit und Ihrer Fähigkeit der Erinnerung, ob es in der Regierungspartei in Bayern 2014 mehrfach nennenswerte Affären gegeben haben könnte. Tatsächlich bleibt mir heute keine Zeit, diese in der angemessenen Detailtiefe darzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Verstehen Sie das auch als einen Beitrag zum parlamentarischen Weihnachtsfrieden.

Eines ist klar: Das, was Politikwissenschaftler sagen, muss man an der einen oder anderen Stelle ernst nehmen. Die absolute Mehrheit verführt zu Trägheit und Nachlässigkeit. Der Staatskörper setzt Fett an. Die wichtigen Probleme werden vertagt. Die Regierung konzentriert sich auf Repräsentation und Verwaltung. Sie ist ganz überwiegend mit sich selbst befasst. Ein Phänomen greift in der absoluten Mehrheit Raum: Jürgen Habermas hat es vor einigen Jahren in der "Süddeutschen Zeitung" als demoskopiegeleitete Machtpragmatik bezeichnet. Herr Habermas beschrieb das als einen Aggregatzustand, der sich durch den Verzicht auf Perspektiven und Gestaltungswillen auszeichnet.

Das ist richtig kurios. Die CSU verhält sich exakt nach der Definition von Jürgen Habermas. Neben dem Begriff "demoskopiegeleitete Machtpragmatik" ist im "Politiklexikon" ein Foto von Horst Seehofer zu sehen. Man konnte wirklich den Eindruck gewinnen, der CSU-Chef denke bis zur nächsten Umfrage und sei überwiegend damit beschäftigt, die potenziellen Nachfolger in Bayern in Schach zu halten.

(Beifall bei der SPD)

Anders als die Koalitionsregierung im Bund war die Alleinregierung in Bayern äußerst zurückhaltend mit gesetzgeberischer Innovation. Ich hoffe, ich trete Ihnen nicht zu nahe. Die Zahl der von der Staatsregierung initiierten Gesetzentwürfe ist mehr als überschaubar. In Wahrheit gibt es sie fast nicht. Lediglich einige Gesetzentwürfe zur Umsetzung von Bundes- oder Europarecht in Landesrecht hat es gegeben. Es gibt ein

leeres Blatt Papier an dokumentiertem parlamentarischem Gestaltungsunwillen. Die Regierung hat die Tatkraft nur vorgetäuscht. Ganze zwei Mal hat die Regierung in der laufenden Legislaturperiode – Frau Aigner spricht hier 40 Minuten – konkrete Gesetzesentwürfe eingebracht, über die wir im Bayerischen Landtag zu beraten hatten.

Da aber wird es plötzlich verfassungsrechtlich problematisch. Die neuen Regeln über den Abstand zwischen Windrädern und Siedlungsgebieten greifen in das kommunale Selbstverwaltungsrecht ein. Dieses Gesetz ist nicht nur eine Blockade für die Windenergie in Bayern, es ist nicht nur eine Bremse für investitionswillige Unternehmen und Bürgergenossenschaften, es ist nicht nur ein Zeichen für den Unwillen der Regierung, die Energiewende tatsächlich zu gestalten; nein, das Gesetz ist handwerklich auch so schlecht gemacht, dass sich die Opposition gezwungen sieht, vor den Bayerischen Verfassungsgerichtshof zu ziehen und die Verfassungsmäßigkeit überprüfen zu lassen. Das gilt auch für den Gesetzentwurf zur sogenannten Volksbefragung. Bereits 2014 hatte die SPD einen Erfolg vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof erzielt. Ich glaube, 2015 könnte wieder ein Jahr sein, in dem der Bayerische Verfassungsgerichtshof gleich zwei Initiativen der Staatsregierung für nicht konform mit der Bayerischen Verfassung erklärt.

(Beifall bei der SPD)

Zwei konkrete Gesetzentwürfchen seitens der Regierung, einmal die Blockade der Windenergie, ein andermal ein Alibientwurf für vorgetäuschte Bürgerbefragung; unter dem Strich kann man sagen: Diese Regierung hat 2014 auf das Regieren verzichtet.

(Beifall bei der SPD)

Alle Reformvorschläge und Innovationsideen der Opposition hat sie vom Tisch gewischt. Gesetzesentwürfe und Anträge von SPD, FREIEN WÄHLERN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die CSU kategorisch abgelehnt. Wieso eigentlich regieren? Im Kabinett reicht es, den Status quo zu verwalten.

Nun mag man sagen, das könnte eine Strategie sein. Bayern geht es doch alles in allem gut. Wer will das bestreiten? Vielleicht ist es gar kein schlechtes Konzept, sich aufs Repräsentieren zu konzentrieren und die Füße einmal still zu halten. Wir haben die Paragrafenbremse. Für was brauchen wir eigentlich eine Regierung? Dass wir in Bayern keine handlungsfähige Regierung brauchen, hat doch gerade der vergangene Herbst deutlich gezeigt. Wenn es darauf ankommt, ist die Regierung nicht da und zeigt sich überfordert. Menschen, die unter Entbehrungen aus Bürgerkriegsgebieten zu uns nach Bayern geflüchtet sind, schlafen bei Temperaturen mit einstelliger Zahl auf Isomatten unter freiem Himmel. Wenige Wochen vorher hatten unterschiedliche Asylgipfel beim Ministerpräsidenten und bei der zuständigen Ministerin stattgefunden. Ich frage Sie: Sieht so Regierungskunst und Managementkompetenz aus, wenn den Ankündigungen nachweislich nichts folgt?

(Beifall bei der SPD)

Es waren die Kommunen und ehrenamtlichen Helfer vor Ort, die mit ihrem Einsatz die Ehre und die Würde des Freistaates Bayern ein Stück weit gerettet haben. Für dieses Engagement trotz der mangelnden Unterstützung durch die Staatsregierung über einen viel zu langen Zeitraum gebührt gerade ihnen unser Dank und unsere Anerkennung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die CSU hat in den letzten Tagen wieder für Aufsehen gesorgt und einen – man mag so sagen – kuriosen Vorschlag über einen Leitantrag in der Öffentlichkeit formuliert: Zu Hause im Wohnzimmer soll Deutsch gesprochen werden. Da stellt sich natürlich die Frage: Was will die CSU denn wirklich? – Nun können wir heute im Bayerischen Landtag nicht wirklich abschätzen, wann die nächsten diesbezüglichen Vorschläge kommen. In dieser Partei scheint gegenwärtig alles möglich zu sein: Ab sofort werden in bayerischen Wohnstuben nur noch Heino und Andrea Berg gehört – ist das der nächste Vorschlag? –, Franck Ribéry wird ausgewiesen, weil er am Elfmeterpunkt mit

Dante und Tiago Englisch spricht, Pep Guardiola muss zu Borussia Dortmund auswandern, weil seine Pressekonferenzen auf Spanisch im öffentlichen Raum in Bayern nicht geduldet werden können, und

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

last but not least: Inge Aures und Hubert Aiwanger wird das Landtagsmandat entzogen, weil sie im Verdacht stehen, in ihrem Wohnzimmer nicht immer lupenreines Hochdeutsch zu sprechen.

(Heiterkeit bei der SPD – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU)

Der Vorschlag der CSU hat in den letzten Tagen zu Recht für Hohn und Spott gesorgt. Die integrationspolitischen Verwirrungen der CSU haben aber eine sehr ernste Kehrseite. Die Frage der Integration wird von der CSU im Einjahresrhythmus aufgeworfen. Der Tenor ist immer der gleiche. Schauen wir uns die vergangenen Jahre einmal an – 2010: Der Bayerische Ministerpräsident fordert in einem Interview mit einem Nachrichtenmagazin einen Einreisestopp für Türken und Menschen aus arabischsprachigen Ländern in dem Wissen, dass deren Einwanderungssaldo eigentlich negativ ist; mehr Türken kehren in ihr Herkunftsland zurück als zu uns zuwandern. 2011 betont der Bayerische Ministerpräsident, er werde Deutschland "bis zur letzten Patrone" – das war ein wörtliches Zitat – vor Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme verteidigen. 2012 – ein Jahr später – fordert die CSU etwas, was es in keinem anderen europäischen Land gibt, nämlich eine Maut nur für Ausländer. Wenig später, im Jahr 2013, platziert die Parteispitze die Formel: "Wer betrügt, der fliegt". Gemeint sind Bulgaren und Rumänen, die unter Ausnutzung der Freizügigkeit in Europa unser Sozialsystem angeblich massenhaft ausbeuten würden. Diese Entwicklung – ich denke, darin sind wir uns einig – ist nachweislich nicht eingetreten.

Jetzt kommt dieser Vorschlag zur deutschen Sprache im Wohnzimmer. Einreisestopp, "bis zur letzten Patrone" – meine Damen und Herren, wer sich das anschaut, der

muss zum Ergebnis kommen: Das war keine Fehlleistung in der Formulierung eines Leitantrags, da ging es nicht um ein rhetorisches Missverständnis, sondern dahinter steckt System. Der CSU geht es offensichtlich darum, die Stimmung gegen Migrantinnen und Migranten in unserem Land zu schüren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN – Widerspruch der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer (CSU))

Schon heute haben knapp 20 % der bayerischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund; jedes dritte Kind unter sechs Jahren hat ausländische Wurzeln. Es ist an der Zeit, diese gesellschaftliche Vielfalt auch bei uns in Bayern anzuerkennen. Es geht uns um eine Gesellschaft, die unterschiedliche Lebensentwürfe als Bereicherung und nicht als Bedrohung empfindet.

Sie werfen die Frage auf bzw. Sie stellen den Common Sense dar – wenn dieser Begriff hier gestattet ist –, dass deutsche Sprache eine Basis für gelingende Integration ist, und formulieren damit einen Mechanismus der Ausgrenzung. Es ist Konsens zwischen den Parteien im Bayerischen Landtag und auch mit den Migrationsverbänden, dass die deutsche Sprache eine Bedingung für gelingende Integration ist. Darum ging es aber nicht, und es geht auch nicht um Handlungsanweisungen für die Privatsphäre. Das, was Sie als Regierungspartei leisten müssten, sollten Sie im Jahr 2015 bitte kraftvoll angehen. Wir brauchen nämlich mehr Integrationskurse in Bayern. Wir brauchen mehr Sprachförderkurse in den Vorschulen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen mehr Sprachförderkurse in den Kindertagesstätten. Wir brauchen zusätzliche Erzieher und sozialpädagogische Betreuer mit Migrationshintergrund. Wir brauchen endlich ein Konzept, um die Zahl der Schulabbrecher mit Migrationshintergrund zu senken. Wir brauchen kleinere Klassen und mehr Ganztagsangebote. Wir brauchen pädagogischen Freiraum. Wir brauchen die Verstärkung der Schulsozialarbeit und bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. – Wenn Ihnen die Integration wirk-

lich wichtig ist, dann gehen Sie das an! Darum muss es nämlich gehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

(Beifall bei der SPD)

Als Weihnachtsmänner und Weihnachtsfrauen wäre das Kabinett eine regelrechte Fehlbesetzung; denn packt man die angekündigten Geschenke in Hochglanzpapier voller Erwartung und Vorfreude aus, stellt man enttäuscht fest: Es ist nichts drin. So sind die Päckchen für die bayerische Bildung deutlich kleiner als erwartet. Bereits im Jahr 2008 – sechs Jahre ist das her – hatte der Bayerische Ministerpräsident in seiner ersten Regierungserklärung flächendeckend Ganztagschulen in allen Schularten und in allen sieben Regierungsbezirken innerhalb einer Legislaturperiode versprochen. Sechs Jahre danach belegt Bayern bei den Ganztagsschulangeboten noch immer einen der hinteren Plätze im Bundesländer-Ranking.

Wir begrüßen ganz ausdrücklich, Herr Kultusminister, dass es auch in der Grundschule kostenfreie Angebote für Eltern geben soll, dass sich der Freistaat dort künftig engagieren will. Die Staatsregierung sollte aber doch zur Kenntnis nehmen, dass guter Ganztags eben mehr als Hausaufgabenhilfe und das Spielen im Pausenhof sind. Die Ganztagsangebote in Bayern müssen gerade in den Grundschulen auf die Rand- und Ferienzeiten ausgedehnt werden. Die wenigsten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben um 16.00 Uhr Feierabend. Wir brauchen Ganztagsangebote deshalb auch bis um 18.00 Uhr. Die wenigsten Eltern haben 92 Urlaubstage im Jahr. Deshalb müssen die Kinder natürlich auch in den Ferien betreut werden. Das ist das Geschenkpaket für die Familien in Bayern, an dem wir nun gemeinsam mit den Kommunen parteiübergreifend arbeiten sollten. Davon haben die Familien etwas.

(Beifall bei der SPD)

Auch die anderen Schulgeschenke verdienen es, genau unter die Lupe genommen zu werden. Was ist mit der Bestandsgarantie des Ministerpräsidenten für die sogenannten rechtlich selbstständigen Grundschulen? – Was wie eine Lebens- und Unfallversi-

cherung klingt, stellt sich am Ende als Risiko dar. Eltern, Schüler, Lehrer und Bürgermeister in Bayern müssen hier regelrecht alarmiert sein; denn 300 Schulen in 300 Orten in Bayern sind rechtlich nicht selbstständig. Diesen Grundschulen droht die Schließung wie auch 150 Mittelschulstandorten. Wir brauchen regionale, dezentrale Schulmodelle in Bayern. Wir benötigen wohnortnahe Heimat- und Regionalschulen, um lange Schulwege zu vermeiden und vor Ort alle Schulabschlüsse unter einem Dach zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Werfen wir einen Blick auf das Gymnasialpäckchen, das in diesem Jahr geschnürt wurde. Beim Gymnasium hatte die Regierung Dialogbereitschaft versprochen – das hat sie eingehalten – und weitreichende Reformen. Dazu gehen die Meinungen schon auseinander. Bei der Gymnasialreform ist nicht etwa eine echte Wahlfreiheit für die Schülerinnen und Schüler zwischen zwei Geschwindigkeiten beim Gymnasium G 8 bzw. G 9 herausgekommen, sondern ein erweiterter Wiederholungszug in der Mittelstufe für Schüler mit weniger guten Noten. De facto ist eine Deckelung der verlangsamten Gymnasialvariante für nur 25 % der Schülerinnen und Schüler herausgekommen. Das Ganze soll erst dann kommen, wenn die jetzige Gymnasialgeneration gar nicht mehr auf der Schule ist, nämlich 2017/2018. Geld, sagt Herr Söder, gibt es auch keines.

Das Gymnasium soll aus unserer Sicht keine reine Paukanstalt sein, sondern die Kinder fürs Leben fit machen mit Wissen und Kompetenz, mit Charakter und Herzenswärme. Gönnen wir unseren Kindern mehr Zeit zum Lernen!

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich erhält man von dieser Regierung auch manches Päckchen überreicht, das man so gar nicht haben will. Ohne die Wachsamkeit der parlamentarischen Opposition hätte die Regierung im Jahr 2014, ohne mit der Wimper zu zucken, das bayerische Bildungssystem personell ausgedünnt. Es ist uns gelungen, die Regierung von ihren

Plänen abzuhalten, 800 Lehrerstellen auf einen Schlag zu streichen. Das nämlich war der Plan von Herrn Spaenle. Ich bedanke mich bei den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN, den Lehrer-, Eltern- und Schülerorganisationen und der alarmierten bayerischen Öffentlichkeit für diese gute Zusammenarbeit. Gut, dass wir das gemeinsam verhindert haben!

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir brauchen mehr und nicht weniger Lehrer in Bayern, um den Unterrichtsausfall zu bekämpfen und die Klassengrößen in allen Schularten zu verkleinern, um eine individuelle Förderung unserer Kinder zu ermöglichen und um die Zahl der Schulabbrecher zu minimieren; denn noch immer gehen jedes Jahr mehrere Tausend Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss von der Schule ab. Zudem muss die Inklusion von Schülern und Jugendlichen mit Behinderung an der Regelschule ermöglicht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ich mir wünschte, wäre etwas mehr Bescheidenheit in der Landespolitik und bei der Bayerischen Staatsregierung. Auch diese Regierungserklärung hat erneut gezeigt: Diese Staatsregierung kann nicht ohne Superlative. Fünf-Sterne-Land, Premiumland, die Besten der Besten. Bayern, Vorstufe zum Paradies, das familienfreundlichste Bundesland, obwohl gerade wir bei der Kinderquote und bei den Ganztagschulangeboten im Bundesländer-Ranking ganz weit hinten stehen.

(Petra Guttenberger (CSU): Das stimmt nicht, Herr Kollege!)

Das Land der unbegrenzten Chancen und Möglichkeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir leben alle gerne in Bayern. Es ist ein wunderbares Land. Aber Sie sind nicht diejenigen, die die bayerischen Alpen aufgetürmt und die bayerischen Seen eigenhändig ausgegraben haben. Das Wittelsbacher Erbe wurde uns auch geschenkt. Auch dafür kann die CSU nichts.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der CSU)

Die Regierungserklärung von Frau Aigner war ein regelrechter Zahlenfriedhof. 400 Millionen Euro für so und so viele Projekte und das. So und so viele Hunderte von Millionen Euro für dieses Projekt und das. Start-ups, Cyber-Allianz-Zentrum, Ariane 6. Das ist alles wichtig, keine Frage.

(Zuruf: Gut!)

Nur frage ich mich: Geht es nicht auch ein bisschen näher am Menschen, wie die von Ihnen propagierte Politik, die Sie zumindest auf Ihrem Parteilogo stehen haben?

(Zuruf von der CSU)

Können wir das in Bayern vielleicht auch so darstellen wie im Bund?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Im Bund haben wir viel gemacht für eine bessere Pflege, für mehr Fairness auf dem Arbeitsmarkt, Politik für die Mieterinnen und Mieter, Politik für unsere Seniorinnen und Senioren. Und Sie reden über Zahlen in den unterschiedlichsten Haushaltsvarianten

(Markus Blume (CSU): Es geht um den Haushalt!)

und haben die Menschen in unserem Land nicht im Blick.

Ich nenne Ihnen zwei Beispiele: Im Polizeigebäude in Passau ist ein geregelter Dienstbetrieb fast nicht mehr möglich, weil Feuchtigkeit und Schimmel eindringen. Die Kolleginnen und Kollegen von der Polizei vor Ort sind zutiefst besorgt. Seit Jahren ist das in Passau ein Thema. Der Innenminister hat schnelle Abhilfe versprochen, und es war alternativlos, so der Innenminister, dass im Jahr 2015 ein neues Polizeigebäude errichtet werden sollte. Der Innenminister antwortet auf die Anfrage meines Kollegen Bernhard Roos, der Baubeginn müsse nun auf das Jahr 2017 verschoben werden. Die Haushaltsmittel reichen nicht aus.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört! Das Paradies sieht anders aus! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sehen wir noch nicht! – Volkmar Halbleib (SPD): Ein Teil der Vorstufe zum Paradies!)

Die Entschuldigung kommt gleich hinterher: Gesundheitsgefährdungen, beispielsweise durch Schimmel, müssten selbstverständlich vermieden werden. Liebe Frau Aigner, das sind aber die Probleme, die die Menschen vor Ort ganz unmittelbar betreffen. Es sind die kleinen Fragestellungen, die ebenfalls in den Mittelpunkt gerückt werden müssen. In Bayern gibt es beispielsweise Dutzende Schwimmbäder, die von den Kommunen nicht mehr gehalten werden können. Die Menschen vor Ort erwarten, dass sie mit ihren Kindern in ihrer Freizeit oder zumindest für den Schulunterricht - da ist es besonders wichtig - ein wohnortnahes Schwimmbad unmittelbar vor Ort haben, in dem sie mit ihren Kindern schwimmen können.

(Beifall bei der SPD)

Sie kümmern sich um Cyber-Allianz-Zentren, um Ariane 6, um Start-ups. Das ist alles wichtig. Aber Sie klammern die Probleme, die die Menschen vor Ort ganz unmittelbar betreffen, ganz offensichtlich aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir in Kurzform als Zusammenfassung noch einige Feststellungen. Punkt 1. Die Bayerische Staatsregierung sonnt sich in den Erfolgen der bayerischen Industrie, und sie formuliert die erfreulichen ökonomischen Kennziffern. Viele haben dazu beigetragen, insbesondere die Unternehmer und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie formuliert die erfreulichen ökonomischen Kennziffern als ihr eigenes Erfolgsmodell. Dabei hat sie im Jahr 2014 Chancen verpasst, wichtige Weichenstellungen bei zentralen Themenfeldern vorzunehmen. Der Zickzackkurs bei der Energiewende steht dafür symptomatisch. Insgesamt war die Regierung im Jahr 2014 tatsächlich, ich kann es Ihnen nicht ersparen, affären geschüttelt und mit sich selbst beschäftigt.

Punkt 2. Die Nachbeben des Landesbankdesasters waren auch im Jahr 2014 deutlich spürbar. Auch am heutigen Tag bezahlt der bayerische Steuerzahler, nur an diesem Tag, 1 Million Euro an Zinsen für die Rettung der Landesbank, insgesamt 350 Millionen Euro im Jahr 2014. Allein die Zinszahlungen für die Landesbankrettung machen mittlerweile 1.700 Millionen Euro aus. Sie übersteigen damit den aktuell haushalterisch abgebildeten sogenannten Schuldenabbau um ein Vielfaches. Die stellvertretende Ministerpräsidentin hat heute wohl aus guten Gründen die laufenden Prozesse um die Hypo Group Alpe Adria mit Milliardenforderungen an den Freistaat Bayern unkommentiert gelassen.

Punkt 3. Die Staatsregierung verharrt in der Position der Zentralstaatlichkeit, anstatt die vielfältigen Chancen der Regionen in einem Konzept der Dezentralität zu fördern. Die Landkreise, die Städte, die Gemeinden in Bayern brauchen mehr Bewegungsfreiheit und Handlungsspielräume. Dort spielt das Leben. Dort wird Lebensqualität organisiert. Dort findet Demokratie statt. Stärken wir die Wirkungsfelder unserer Kommunen, so forcieren wir die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in ganz Bayern. Die Stärkung der finanziellen Basis der Kommunen ist die Grundlage für die Sicherung der Lebensqualität und die Teilhabe von allen Bevölkerungsschichten.

Die Bundesregierung, die wir gemeinsam stellen, hat das erkannt und trägt diesem Grundgedanken durchaus Rechnung. Mit jährlich knapp 115 Millionen Euro werden die bayerischen Kommunen im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz entlastet. Die Kommunen werden auch entlastet, weil der Bund die Grundsicherung im Alter übernimmt. Es gibt noch einmal 60 Millionen Euro für die Städtebauförderung in Bayern obendrauf. Der Bund macht das richtig. Wir leisten dort gemeinsam gute Arbeit.

Kommunale Selbstverwaltung ist eben mehr als nur ein bloßes Verfassungspostulat. Sie ist die Prosperitätsprämisse und zugleich höchstes politisches Ordnungsprinzip. Die Hochachtung vor der kommunalen Selbstverwaltung ist der Kern von landespolitischer Good Governance für unsere Heimat. Geben wir als Freistaat den Kommunen

mehr vom allgemeinen Steuerkuchen ab. Die Menschen in Bayern werden es uns danken.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem im Jahr 2014 einiges an Hausaufgaben liegen geblieben ist, gibt es für 2015 noch viel zu tun. Bayern braucht eine Regierung, die regiert, so wie im Bund.

(Lachen bei der CSU)

Eine Koalitionsregierung ist besser für das Land. Eine Koalitionsregierung ist besser als eine Alleinregierung, die Dinge schleifen lässt.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen lehnen Allmachtstrukturen ab und schätzen den politischen Konsens und die Zusammenarbeit von Parteien. Für mich steht fest: Dort, wo die SPD mitregiert, werden die Probleme von Familien und Arbeitnehmern ernst genommen, dort werden die Alltagsorgen der sogenannten kleinen Leute berücksichtigt. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Vorsitzende der CSU-Fraktion, Herr Kollege Thomas Kreuzer, das Wort. Bitte schön.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Rinderspacher, Sternstunden sind selten im Leben eines Einzelnen und selten im Laufe der Geschichte. Das haben Ihre Ausführungen heute wieder einmal eindeutig unter Beweis gestellt.

(Heiterkeit bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Von Ihrer Seite kamen Vorwürfe, Unterstellungen und Wunschkataloge. Was Ihnen jedoch fehlt, ist ein Konzept für Bayern. Wie wollen Sie die Zukunft des Freistaats gestalten? Was sind Ihre politischen Vorstellungen? Dazu haben Sie heute überhaupt nichts Konkretes gesagt.

(Beifall bei der CSU)

Das Einzige, was man heraushören kann, sind ständige Forderungen. Wir brauchen noch mehr Lehrer, wir brauchen noch mehr Gebäudesanierung, wir müssen noch mehr an die Kommunen geben. Meine Damen und Herren, für eine Haushaltsdebatte ist ganz ungewöhnlich: Sie haben zum Haushalt und zur Finanzierung dieser Aufgaben überhaupt nichts gesagt.

(Beifall bei der CSU)

Kein einziges Wort. Dann haben Sie gesagt, die Politik dort, wo die SPD regiert, ist gut für die kleinen Leute. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Dort, wo die SPD mitregiert, wird ungebremst Verschuldung praktiziert. 3,5 Milliarden Euro pro Jahr in Nordrhein-Westfalen, 1,5 Milliarden Euro pro Jahr in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CSU)

In den Ländern, in denen Sie regieren, sind Sie die Partei der Schuldenmacher. Das werden diese kleinen Leute eines Tages irgendwie bezahlen müssen. Das ist höchst unsozial, Herr Rinderspacher.

(Beifall bei der CSU)

Die Menschen in diesem Land brauchen Antworten, die ihnen die Opposition zumindest heute nicht gegeben hat. Über das Loblied zum Koalitionsvertrag kann man sich nur wundern, meine Damen und Herren. Ein Koalitionsvertrag ist für eine Koalition notwendig, er ist keine Liebesheirat.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Na ja!)

Im Ergebnis wird niemand, kein Anhänger einer Partei, das Programm seiner Partei eins zu eins im Koalitionsvertrag wiederfinden. Er muss also entsprechende Kröten schlucken. Das ist allen Partnern in Berlin so gegangen. Meine Damen und Herren, wir brauchen keinen Koalitionsvertrag. In Bayern haben wir unseren Bayernplan. Im Gegensatz zu einer Koalition werden wir genau das umsetzen, was wir den Leuten vor der Wahl versprochen haben, und zwar eins zu eins.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen insgesamt keine Kompromisse schließen, sondern können das tun, was wir zugesagt haben. Wir sind unsere Wahlversprechen konsequent angegangen und haben diese abgearbeitet.

Meine Damen und Herren, mich hat es direkt schockiert, dass Sie sagen, die Regierungsarbeit sei schlecht, weil wenige Gesetze gemacht worden seien. Ich muss Sie schon fragen: In welcher Welt leben Sie eigentlich? Haben Sie noch nicht festgestellt, dass die Menschen an einer Überregulierung und Bürokratisierung ersten Grades leiden und auf keinen Fall mehr davon wollen?

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Wir müssen die Dinge pragmatisch umsetzen. Wir werden uns noch alle darüber wundern, was Frau Nahles uns an Bürokratisierung in Bezug auf das Mindestlohngesetz bringen wird, Herr Rinderspacher.

(Beifall bei der CSU)

1.600 Zöllner sollen nur in die Betriebe gehen, um die Einhaltung der Regelungen zu kontrollieren – bei Minijobs razziaartig, wie auch immer das geschehen soll.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann dürfen Sie nicht zustimmen!)

An dieser Stelle muss noch viel nachgebessert werden, damit der soziale Zweck, der in Ordnung ist, erfüllt wird, ohne dass die Wirtschaft wahnsinnige Nachteile in Kauf nehmen muss.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr stimmt ja zu!)

So arbeiten wir in Bayern nicht.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben den höchsten kommunalen Finanzausgleich der Geschichte – über 8,3 Milliarden Euro für die bayerischen Kommunen. Das ist ein Spitzenbetrag. Wir können mit dem Haushalt 2015/16 eine Milliarde Euro tilgen. Wir werden bis zum Jahr 2018 ein flächendeckendes Hochgeschwindigkeitsnetz – Breitband – ausbauen. Wir haben eine bessere Ausstattung unserer Polizei erreicht. Wir werden den bedarfsgerechten Ausbau der schulischen Ganztagsangebote vorantreiben. Wir haben mehr Sprachförderangebote in Kindergärten und Grundschulen. Wir werden die Technologietransferzentren weiter ausbauen. Wir werden ein Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg errichten. Wir haben einen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation in Bayern eingeführt. Wir werden das Gymnasium weiterentwickeln. Herr Rinderspacher, wenn Sie die Beschlüsse der CSU-Fraktion und der Staatsregierung lesen würden, würden Sie sehen, dass die Schwerpunkte auf der pädagogischen Weiterentwicklung des Gymnasiums und der Lehrerweiterbildung und nicht auf der Länge der Schulzeit liegen. Das ist genau das, was Sie selbst gefordert haben.

(Beifall bei der CSU)

Das waren nur einige Punkte, die der Bayernplan enthält und die auf den Weg gebracht oder umgesetzt worden sind. Sie sehen, regieren muss man nicht nur wollen, sondern auch können. Deshalb braucht man Inhalte und zukunftsorientierte Entscheidungen. Nichts dergleichen können SPD, GRÜNE oder FREIE WÄHLER in Bayern vorweisen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das kommt schon noch!)

Die "Süddeutsche Zeitung" attestiert der Opposition ein recht blamables Bild. Sehen wir es uns einmal genauer an. Herr Rinderspacher, heute waren die Töne etwas mehr piano. Bisher hat sich die Opposition jedoch darauf beschränkt, die Regierungspolitik nicht inhaltlich anzugreifen, sondern die regierenden Personen. Das ist mit Sicherheit kein zielführender Weg gewesen. Ihnen geht es doch gar nicht um die Zukunft Bayerns, sondern einzig und allein darum, die Regierung und die CSU-Fraktion mit allen Mitteln anzugreifen.

Sie verweigern sich dem Wettbewerb um die entscheidenden Zukunftsfragen. Inhalte sind Ihnen im Grunde nicht wichtig. Ich habe heute in Ihrer Rede keine neue Idee zur Gestaltung dieses Freistaats gehört – nicht eine einzige.

(Beifall bei der CSU)

Das überrascht mich nicht, weil Sie als Opposition seit Jahren und Jahrzehnten den gleichen Einheitsbrei verbreiten. Täglich grüßt das Murmeltier – das denke ich mir oft, wenn Sie mal wieder einen gleichlautenden Antrag oder Gesetzentwurf der vorangegangenen Legislaturperiode einbringen. Den jüngsten Gesetzentwurf der SPD zum Verbandsklagerecht für Tierschützer hat die SPD einschließlich der zurückliegenden Legislaturperioden nun zum dritten Mal mit identischem Wortlaut eingereicht. Herzlichen Glückwunsch, Herr Rinderspacher, das ist Ideenreichtum, das ist Dynamik, das ist SPD.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Das gibt es in vielen Bundesländern!)

Wir haben eine zahnlose Opposition. Meine Damen und Herren, in Bayern lebt man mit Superlativen. In Bayern geht es uns wirklich gut. Das wissen auch die Menschen. Bayern ist ein Land, das beneidet wird. Wir haben jedoch noch Luft nach oben und wären noch besser, wenn wir nicht eine so schlechte Opposition hätten.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Jawohl!)

Wenn man das letzte Jahr zusammenfasst, hat sich die Oppositionspolitik mit drei Punkten befasst: Einsetzung von zwei Untersuchungsausschüssen und Rücktritt einer Ministerin. Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass das dieses Land entscheidend weiterbringen wird. Wir müssen schon Ideen entwickeln und an der Sache arbeiten. Dazu lade ich Sie alle ein.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Das haben wir nicht gesagt!
Das machen Sie jetzt zum Thema!)

Ich komme jetzt zu den Ausführungen, die Sie über Berlin gemacht haben. Im ersten Augenblick habe ich den Eindruck gehabt, Ihnen fällt zu Bayern gar nichts mehr ein, weil die ersten zehn Minuten ein Loblied auf die Bundesregierung gewesen sind. Wenn Sie das so herausstellen, vergessen Sie nicht, dass die CDU/CSU der größere Partner ist und die Kanzlerin stellt. Die CDU/CSU ist daran durchaus beteiligt.

(Beifall bei der CSU)

Die Ausführungen zum Länderfinanzausgleich sind relativ neu. Ich habe das in dieser Form noch nie gehört. Wenn Sie den Länderfinanzausgleich kritisiert haben, haben Sie immer die soziale Komponente und die Solidarität unter den Bundesländern hervorgehoben. Sie haben die Regierung jedoch noch nie aufgefordert, den Länderfinanzausgleich möglichst schnell zu ändern. Sie lernen ganz offensichtlich dazu.

(Markus Rinderspacher (SPD): Alle Jahre wieder!)

Herr Rinderspacher, ich komme zum nächsten Punkt. Sie sagen nun, die kalte Progression müsse abgeschwächt werden. Sie haben uns an Ihrer Seite.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sehr gut!)

Wenn Sie mit den GRÜNEN in Berlin an die Regierung gekommen wären, hätten Sie zahlreiche Steuern wie die Einkommensteuer dramatisch erhöht. Sie hätten die Vermögensteuer wieder eingeführt.

(Beifall bei der CSU)

Das war Ihr Wahlprogramm. Heute stellen Sie sich hin und sagen, Ihnen seien die Steuern zu hoch. Sie hätten genau das Gegenteil von dem getan, was Sie heute gesagt haben.

Meine Damen und Herren, auch bei der 10-H-Regelung sind die Dinge nicht schlüssig.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei Ihnen nicht!)

Die SPD stimmt der Änderung der Baugesetze in Berlin zu, damit die von Bayern angekündigte 10-H-Regelung erlassen werden kann. Somit unterstützen Ihre Genossen in Berlin die 10-H-Regelung. Sie stellen sich hin und lehnen die Gesetzesänderung in Bayern vollständig ab.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Das kann ich nicht verstehen. Haben Sie aus Bayern gar keinen Einfluss auf die Gesetzgebung in Berlin?

(Beifall bei der CSU)

Vielleicht muss man es so sagen: Der Ministerpräsident hat die Änderung des Baugesetzbuches durchgesetzt, und Sie konnten das mangels Durchschlagskraft in Berlin nicht verhindern. Herr Rinderspacher, wenn das so ist, dann sagen Sie das. Dann wissen die Menschen Bescheid.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, die GRÜNEN haben ihr Image als Verbotspartei in den letzten Monaten und Jahren auf die Spitze getrieben.

(Markus Rinderspacher (SPD): Und Sie in den letzten Tagen!)

- Darauf komme ich noch zu sprechen. – Ihre Politik ist von Fundamentalkritik und missionarischem Stil geprägt. In letzter Zeit gab es jedoch programmatisch wenig Neues. Oder wie erklären Sie sich das Phänomen, dass Sie beim Thema Volksbefragungen während eines laufenden Gesetzgebungsprozesses gegen Ihre eigenen Parlamentskollegen klagen, aber im Vorfeld im Unterschied zu allen anderen als einzige Fraktion keinen eigenen Gesetzentwurf in dieser Sache eingereicht haben?

(Christine Kamm (GRÜNE): Wir machen genügend Gesetzentwürfe, die Sie alle ablehnen!)

Die Fundamentalkritik der GRÜNEN an Volksbefragungen ist für mich unverständlich. Die GRÜNEN wollen offensichtlich nicht, dass das Volk mehr Mitwirkungsmöglichkeiten erhält. Das sagt selbst Franz Schindler, der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Ihr Oppositionskollege.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Warum wollen Sie partout nicht mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für die Menschen in Bayern?

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wohl, weil Sie wissen, dass Ihre Politik bei der Mehrheit der Menschen überhaupt nicht ankommt. Deswegen haben Sie auch nur 9 % bei den Wahlen.

(Beifall bei der CSU)

Ich rate Ihnen, diese Klage genauso aus dem Verkehr zu ziehen wie den Veggie Day. Damit waren Sie damals insgesamt gut beraten.

Ich komme zu Ihnen, Herr Aiwanger, FREIE WÄHLER:

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da bin ich!)

Zum Stichwort Gymnasium können Sie sich trotz kräftigen Röhrens nur eines gescheiterten Volksbegehrens rühmen, eines Volksbegehrens, das bei Ihrer Anhängerschaft im ländlichen Raum so total gefloppt ist, wie selbst ich es mir nicht vorgestellt habe. Ein so miserables Ergebnis habe ich insgesamt kaum je erlebt.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, wenn Sie nicht mit unterschreiben! Hätten Sie halt auch unterschrieben, dann wär das Ergebnis besser geworden!)

Meine Damen und Herren, wir alle müssen uns in den sachpolitischen Fragen den großen Herausforderungen der nächsten Jahre stellen. Die Welt ist insgesamt nicht einfacher geworden, weder außen- noch sicherheitspolitisch gesehen. Wir müssen auch damit rechnen, dass dies irgendwann einmal wirtschafts- und finanzpolitische Spuren hinterlassen wird. Hier helfen nur konsequente Sacharbeit, Weiterentwicklung der eigenen Stärken und das Ausgleichen eigener Schwächen im täglichen Arbeiten. Dass dies hier in diesem Parlament insgesamt und zusammen vorangetrieben wird, wünsche ich mir.

Sie genießen auch nicht das Vertrauen der Menschen, wie die Zahlen einer neuen Umfrage des Hamburger Meinungsforschungsinstituts GMS bestätigen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sagt gar nichts! Das ist doch Ihr Haus- und Hofinstitut!)

Während die CSU 1,3 Prozentpunkte auf 49 % zulegt, ist die SPD auf 18 % abgestürzt. 2001 hatte die SPD noch 28 %, 2006 waren es 22 %, 2014 sind es noch 18 %. Mich würde dieser Sinkflug nachdenklich machen, vor allem wenn ich noch auf die Thüringer SPD schaue, die inzwischen Postkommunisten zum Ministerpräsidenten wählt.

(Beifall bei der CSU)

Sie sind bei circa 10 %, und das haben sie auch verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Auch die GRÜNEN kamen 2011 bei Umfragen noch auf 18 %; sie sind nun bei der Hälfte. Auch deren Politik scheint also bei der Bevölkerung nicht gerade von Erfolg gekrönt zu sein. Der "Münchner Merkur" hat recht, wenn er am 16. September 2014 schreibt: "... die Oppositionsarbeit, die zuletzt mehrfach ... Strategie und Biss vermischen ließ." - "Biss" ist jedoch nicht mit "bissig" zu verwechseln, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern hat auch inhaltliche Komponenten.

Wir werden morgen Abend noch Geschäftsordnungsfragen diskutieren. Auch Ihre bisherigen Äußerungen hierzu, meine Damen und Herren, sind kein Ruhmesblatt; denn wir haben, auch wenn wir die Redezeiten ändern, immer noch eine der absolut oppositionsfreundlichsten Redezeitregelungen aller Parlamente in ganz Deutschland; dies werden wir morgen inhaltlich besprechen. Eine Partei, die 58 % der Sitze hat, wird anschließend 33 % der Redezeit haben. Das heißt umgekehrt, dass diejenigen, die fast 70 % der Redezeit haben, wesentlich mehr Redezeit pro Fraktion und pro Abgeordneten haben. Deswegen sollten wir uns bei dieser Debatte etwas mäßigen; denn in Wirklichkeit hat niemand Verständnis für Ihre Klagen. Vor allen Dingen werden wir mit Geschäftsordnungsfragen nicht politische Kompetenz beweisen.

Wir haben die Rahmenbedingungen und unsere politischen Zielsetzungen mit diesem Haushalt umgesetzt. Wir tilgen 2015 und 2016 Schulden in Höhe von insgesamt einer Milliarde Euro. Die Bruttolöhne liegen in Bayern inzwischen schon um 5,1 % über dem Bundesdurchschnitt. Bei der Arbeitslosenquote steuern wir nach 2012 wieder auf einen Rekord-Niedrigwert zu. 62 % der Menschen in Bayern sind zufrieden mit unseren Bildungseinrichtungen. Noch nie gab es eine bessere Lehrer-Schüler-Relation als heute, und noch nie hatten wir so viele Studienplätze in Bayern wie heute. Ganz besonders haben wir die Zahl der Studienplätze in den MINT-Fächern ausgebaut.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Meine Damen und Herrn, Horst Seehofer ist ein herausragender, ein erfolgreicher Ministerpräsident.

(Beifall bei der CSU)

Das sehen auch die Menschen in Bayern so. 76 % der Bayern finden: Horst Seehofer ist ein guter Ministerpräsident. Wir dürfen stolz und selbstbewusst auf die Leistung unseres Ministerpräsidenten blicken,

(Florian von Brunn (SPD): Sie müssen!)

die eine Spitzenleistung in Deutschland ist. Er steht für eine verlässliche, solide und zukunftsfähige Politik für unseren Freistaat Bayern. Horst Seehofer hat seine Wahlversprechen gehalten, wie die Mütterrente, die 10-H-Regelung und die Maut deutlich zeigen.

Wie verlässlich ist demgegenüber ein Winfried Kretschmann? – Wie viele Wahlversprechen hat er im Vergleich zu Horst Seehofer gehalten? – Ich sage nur so viel: Mit dem Protest gegen Stuttgart 21 hat Kretschmann die Wahl gewonnen. Nun wird Stuttgart 21 gebaut. Er selbst hat dazu gesagt: In der Politik gibt es manchmal keine Gewähr dafür, dass man seine Ziele erreicht. – Meine Damen und Herren, das wird die Gegner des Projekts nicht besonders beruhigen.

Anders die CSU: Wir sind nicht rot-grün, wir schreiben schwarze Zahlen. Wir kommen mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 im allgemeinen Haushalt das zehnte und elfte Jahr ohne Schulden aus. Wir machen den bayerischen Staatshaushalt mit dem Doppelhaushalt zukunftsfest. Unsere Finanzen sind mehr als Schönwetter-Botschaften. Sie sind Ausdruck einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Politik. – An dieser Stelle gilt mein ausdrücklicher Dank für diesen Spitzenhaushalt zwei Männern, nämlich Finanzminister Dr. Markus Söder und dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Peter Winter. Herzlichen Dank, Kollegen!

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in Bayern im Gegensatz zu hoch verschuldeten Ländern wie dem rot-grünen Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung. Wir bleiben mit unserem kommunalen Finanzausgleich von 8,3 Milliarden Euro ein verlässlicher Partner der Kommunen.

Auch beim Thema Asyl hat die Bayerische Staatsregierung Handlungsstärke bewiesen. Während andere Länder nur Pauschalen zahlen, erstatten wir den Kommunen die vollen Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge. Es gibt genügend Länder, in denen die Unterbringung von Flüchtlingen kommunale Aufgabe ist – vor allem rot-grün regierte Länder, wie ich hier einmal ganz klar sage. Die Kommunen müssen sich dort mit Zuschüssen behelfen. – In Bayern müssen sich die Kommunen keine Sorgen machen, weil der Freistaat ihnen ihre Aufwendungen in vollem Umfang ersetzt. Und dies ist auch richtig so; dies ist Staatsaufgabe, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Wir haben schnell und effizient auf den immensen Anstieg der Flüchtlingszahlen reagiert.

(Florian von Brunn (SPD): "Schnell" ist was anderes!)

Wir haben Hilfe geboten, wo dies notwendig war. – Selbstverständlich war die Situation zwischendurch einmal schwierig. Gestern war ich in der Bayernkaserne und habe mit den dort Tätigen zusammen mit ein paar Kollegen, etwa Joachim Unterländer, geredet. Sie haben geschildert, was sich abgespielt hat und wie sich die Zahlen innerhalb eines Tages immer wieder verdoppelt haben. Die Flüchtlinge kommen hauptsächlich zwischen 22 Uhr und 3 Uhr nachts in der Kaserne an; ihre Ankunft verteilt sich nicht über den Tag hinweg. Da ist es natürlich vorgekommen, dass sie einmal nicht ins Gebäude hineingekommen sind, sondern davor bleiben mussten. Hier war es richtig, weitere organisatorische Voraussetzungen zu schaffen. Die Kapazitäten sind wesentlich erweitert worden. Ich sage Ihnen aber auch: Wenn morgen nicht 500 pro Tag kommen, sondern 2.000, wird es wieder insgesamt schwierig werden. Man kann

nicht Kapazitäten vorhalten, die zehnmal so hoch sind wie die, die bisher benötigt wurden. Deswegen sage ich: Hier ist gute Arbeit geleistet worden. Ich danke allen, die in Einrichtungen wie der Bayernkaserne tätig sind, inklusive der Verantwortlichen wie zum Beispiel die Regierungspräsidenten, aber auch den freiwilligen Helfern, für ihre ganz engagierte und gute Arbeit. Sie haben die Situation trotz großer äußerer Schwierigkeiten wesentlich verbessert und in den Griff genommen.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke auch dem Krisenstab, Staatsminister Huber, Staatsministerin Emilia Müller. Sie haben die Arbeit erfolgreich auf den Weg gebracht. Ich glaube, wir haben hier insgesamt gute Arbeit geleistet und gezeigt, dass wir krisenfest sind.

Das Thema Asyl, meine Damen und Herren, dürfen wir aber nicht nur von dieser Seite her diskutieren. Wir müssen bezüglich der jetzigen Situation ehrlich sein. Wir hatten vor zwei Jahren – nehmen wir runde Zahlen – deutschlandweit 60.000 Asylbewerber. Wir hatten im vergangenen Jahr 130.000 Asylbewerber und werden heuer nach all dem, was bekannt ist, 200.000 Asylbewerber erreichen. Dies sind unglaubliche Zahlen, die uns vor ungeheure organisatorische und finanzielle Herausforderungen stellen. Der Freistaat Bayern wird in diesem Doppelhaushalt 1 Milliarde Euro für Asyl ausgeben. Das ist so viel wie im gleichen Zeitraum für Staatsstraßen und Krankenhäuser zusammen – um einmal eine rein finanzielle Bezugsgröße zu haben, obwohl dies von der Sache her nicht vergleichbar ist. Wir müssen bedenken, dass sich über 60 % in den Verfahren befinden, die weder individuell verfolgt werden noch aus Herkunftsstaaten kommen, in denen Verfolgung herrscht. Somit müssen diese Personen zurückgeführt werden.

Die Zahlen steigen dramatisch, weil wir im Moment keine vernünftigen Kontrollen in den Nachbarstaaten, beispielsweise Italien, haben. Diese Situation wird von der SPD und den GRÜNEN in den Diskussionen völlig ausgeblendet. Ich höre nie etwas. Ich

fordere Sie auf: Beteiligen Sie sich auch an Lösungen, wie wir dies wieder ändern können. So kann die Entwicklung jedenfalls nicht weitergehen.

(Beifall bei der CSU)

Dies hängt auch mit Berlin und den Aktivitäten in anderen Ländern zusammen. Ich sage auch: Es ist im Übrigen ein erhebliches Sicherheitsproblem, weil nicht nur die Dublin-II-Verordnung, sondern auch das Schengener Abkommen vollkommen außer Kraft gesetzt worden sind. In gewissen Bereichen gibt es praktisch mehr oder weniger einen freien Zugang in die Europäische Union ohne Kontrollen der Außengrenzen.

Wir werden uns dieses Problems annehmen müssen, weil es sich nach all dem, was bisher absehbar ist, weiter verschärfen wird. Wir werden dies human tun, aber wir müssen es auch so tun, dass uns das Problem auf Dauer nicht über den Kopf wächst; sonst bekommen wir die allergrößten Schwierigkeiten.

Wir investieren mit 1,8 Milliarden Euro wie kein anderes deutsches Land in die Digitalisierung und machen Bayern damit zur Leitregion des digitalen Aufbruchs. Wir bauen Kitaplätze aus wie kein anderes Land. Wir werden bis zum Jahr 2018 ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot schaffen und an den Schulen umsetzen. Es handelt sich um keine Verpflichtung, aber jedes Kind, das einen Platz braucht, wird einen Platz angeboten bekommen. Horst Seehofer ist der Garant dafür, dass unsere bayerischen Interessen in Berlin mit Nachdruck vertreten werden.

(Beifall bei der CSU)

Zum Länderfinanzausgleich habe ich mich schon geäußert. Ich bin davon überzeugt, Herr Kollege Rinderspacher, dass Sie nach diesen Ausführungen innerhalb der SPD alsbald innerparteiliche Initiativen zur Änderung dieses Länderfinanzausgleichs nicht nur ergreifen, sondern auch erfolgreich umsetzen werden. Dazu wünsche ich Ihnen viel Glück.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden genau beobachten, ob Sie den Worten auch Taten folgen lassen. Wir tun dies, indem wir uns in die Verhandlung einbringen und geklagt haben. Die SPD muss noch tätig werden. Wir unterstützen Sie ausdrücklich bei diesen Bemühungen. Wir wollen nämlich, dass in Bayern mehr Geld bleibt. Es kann nicht hingenommen werden, dass wir mehr als 50 % der Gesamtlast - mit steigender Tendenz - tragen. Hier hat sich etwas verschoben. Dies hat sich deshalb verschoben – ich sage das klar, damit es den Menschen bewusst wird –, weil sich Bayern wirtschaftlich verhältnismäßig gut entwickelt hat, was auch in der Steuerkraft zum Ausdruck kommt, und ein starkes Land ist und weil die anderen Länder – hauptsächlich die von Ihnen regierten – sich so schwach entwickelt haben, dass die Schere immer weiter auseinanderklafft. Dies ist die andere Seite der Medaille. Auch uns wäre daran gelegen, dass sich manches andere Land wirtschaftlich besser entwickeln würde. Auch das würde das Problem des Länderfinanzausgleichs lösen. Wir könnten die Mittel gut gebrauchen, zum Beispiel für Sozialeinrichtungen, altersgerechten Wohn- und Städtebau und viele andere Dinge mehr. Deswegen werden wir nichts unversucht lassen, um in den Verhandlungen ein gutes Ergebnis zu erzielen.

Unsere Bilanz kann sich sehen lassen. Wir sagen Ja zu einem Doppelhaushalt 2015/2016, mit dem wir die Digitalisierung voranbringen, Kitaplätze und Ganztagsangebote ausbauen, beste Bildungsangebote für das ganze Land schaffen und mit dem wir unsere liebens- und lebenswerte Heimat bewahren wollen.

Das sind die Schwerpunkte, das ist unsere Politik der Zukunft, die wir anbieten. Wir verzichten auf Scheingefechte. Wir konzentrieren uns auf Sorgen und Nöte der Menschen in diesem Land. Als leidenschaftlicher Parlamentarier muss ich mit Bedauern feststellen, dass ich das, Herr Rinderspacher, bei Ihnen weniger erkennen kann, aber Sie haben ja auch noch knappe vier Jahre Zeit zum Üben. Vielleicht entwickelt sich das eine oder andere weiter. Wir müssen darauf achten, dass statt Parteiinteressen bayerische Interessen im Vordergrund stehen. Wir wissen, dass wir nicht an den Erfolgen von gestern, sondern an der Politik und den Taten von morgen gemessen wer-

den. Wir arbeiten weiter gemeinsam an der Zukunft Bayerns. Wir werden alles tun, damit Bayern erfolgreich bleibt, damit Bayern unsere lebenswerte Heimat bleibt. Wir werden dies, wenn es irgendwie geht, mit möglichst viel Gemeinsamkeit in diesem Haus tun.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke, Herr Kollege Kreuzer. – Nächster Redner ist Herr Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen Bayern gemeinsam noch zukunftsfähiger machen. Ich glaube, das ist der Wählerauftrag, mit dem wir unterwegs sind. Das ist der Auftrag, mit dem wir in diesen Landtag gewählt worden sind. Es sind noch viele Baustellen offen. Es ist noch Luft nach oben. Wir können noch vieles verbessern.

Uns von den FREIEN WÄHLERN ist dabei immer wichtig, die Stärke des ländlichen Raums nicht aus den Augen zu verlieren und eine gute Regionalpolitik einzufordern. Die hohen Mietpreise in den Städten München, Nürnberg und sonstwo sind darauf zurückzuführen, dass das Land nicht die Perspektive hat, die es braucht. Es laufen Leute davon. Wir brauchen eine ausgewogene Stadt-Land-Politik. Eine Politik, die nachhaltig ist und in die Zukunft schaut, ist eines unserer Markenzeichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Aspekt wurde von den bisherigen Rednern überhaupt nicht erwähnt. Wir haben die Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns in die Verfassung geschrieben. Dies geschah nicht als Beerdigung erster Klasse, damit es einfach dort steht, sondern als politischer Handlungsauftrag. Dies geschah, damit es auf dem Land eine Zukunft gibt, mit der Zielsetzung, Leute auf dem Land zu halten und Zukunft auf dem Land zu generieren. Dafür müssen wir kämpfen. Das ist ein Ziel, das wir alle gemeinsam ansteuern müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Welche Handlungsoptionen gibt es? - Wir kämpfen traditionell für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen und lassen auch nicht locker, bei dieser Haushaltsdebatte wiederum einen 15-prozentigen Kommunalanteil am Steuerverbund zu fordern. Das macht Pi mal Daumen 650 Millionen Euro. Das ist eine Hausnummer, mit der sich die Kommunen besser bewegen könnten. Sie wären damit unabhängiger von einer ganzen Latte von Fördertöpfen, die wir auflegen und mit denen wir Flickschusterei betreiben müssen. Wir brauchen starke, handlungsfähige Kommunen. 15 % Kommunalanteil am Steuerverbund wären das Gebot der Stunde. Wir stellen das wieder zur Abstimmung und hoffen endlich einmal auf Ihre Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich bringe Ihnen ein Beispiel. Herr Huber, wenn Geld für die Kommunen aus Ihrer Sicht Schuldenmacherei ist, hätten Sie doch lieber die Hand von der Kärntner Landesbank lassen sollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN:
Bravo!)

Da haben Sie die Milliarden versenkt, die wir für die Kommunen bräuchten.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle ein Allerweltsbeispiel dafür nennen, was wir mit bezahlbaren Mieten in den Städten und mit leerem Wohnraum auf dem Lande meinen. Vor wenigen Tagen war eine Münchnerin Mitte 60 bei uns. Diese Dame hat über 40 Jahre gearbeitet, und sie hat jetzt eine ganz ordentliche Rente von immerhin 1.200 Euro. Sie zahlt aber für eine 43 qm große Wohnung knapp 900 Euro Miete. Der Rest sind 10 Euro pro Tag zum Leben.

Eine Person, die ihr Leben lang gearbeitet hat, muss heute wahrscheinlich ihre Heimatstadt verlassen, verliert ihren Freundeskreis und ist möglicherweise trotz einer relativ hohen Rente in Zukunft auf Zuschüsse der öffentlichen Hand angewiesen. Was

ist da mit Personen, die monatlich nur 500, 600 oder 700 Euro Rente haben? – Solchen Menschen ist die Landeshauptstadt einfach zu teuer.

Vor wenigen Wochen war ich zu einem Gespräch mit Kommunalpolitikern im Landkreis Kronach. Sie ahnen sicher, was mir die Bürgermeister dort gesagt haben. Sie sagten: Bitte, legt ein Programm auf, mit dem wir leer stehenden Wohnraum zurückbauen können; uns laufen die Menschen hier davon, und wir haben eine depressive Stimmung hier im Ort, da jedes zweite Haus leer steht; wir bräuchten Städtebaumittel oder andere Fördermittel, um diese Häuser zu vernichten, und in der Münchner Gegend gibt es Leute, die im Endeffekt für eine Einzimmerwohnung eine Monatsrente bezahlen. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Hier fehlt in Bayern die Balance. Wir müssen die Balance wiederherstellen, und zwar nicht dadurch, dass wir die Städte schwächen, sondern dadurch, dass wir das Land stärken. Damit komme ich zur Gesamthematik. So wartet zum Beispiel im Bayerischen Wald eine Bahnlinie auf den Ausbau, bei deren Benutzung die Menschen heute das Gefühl haben, sie würden auf einer Buckelpiste Slalom fahren und wären verkehrsmäßig nicht ordentlich angebunden. Die Menschen dort müssen, wenn sie einen Arbeitsplatz in Deggendorf oder München bekommen, ihre Heimat verlassen, weil die Verkehrsanbindungen einfach nicht optimal sind.

Bei solchen Situationen muss investiert werden. Wir müssen die Wege zwischen Stadt und Land überbrückbarer machen, um den täglichen ein- bis zweistündigen Stau zur Arbeit zu vermeiden, der dazu führt, dass sich diese Menschen eine Wohnung in München oder Deggendorf nehmen, wobei sie dann die Rentner aus dem städtischen Wohnraum verdrängen. Wir meinen, die Menschen sollten in ihrer Heimat bleiben können und von zu Hause aus Familie und Beruf in Einklang bringen können. Sie sollten von zu Hause aus ihre Arbeitsstätte erreichen können.

Sie finden aber in ihrer Heimat nur Arbeit, wenn dort das schnelle Internet funktioniert. Im Bayerischen Wald wird gesagt, man habe Firmen verloren, weil es dort kein schnelles Internet gibt. Wir behaupten zwar, dass wir etwas tun, aber ich meine, da wurden schon fünf bis zehn Jahre versäumt. Wir sind also noch lange nicht dort, wo wir hinwollen. Die Programme laufen jetzt zwar an, aber der Kabelanschluss ist bei den meisten Kommunen noch lange nicht verlegt. Ich kann dann zu einer Firma dort nicht sagen, für die Daten, die du übertragen willst, ist es in drei Jahren soweit. Bis dahin ist die Firma weg. Hier ist bereits Schaden für den Freistaat Bayern entstanden, da die Bedeutung des schnellen Internetzugangs zu lange nicht richtig erkannt wurde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dann gibt es dort auch noch eine weitere Problematik. Die Sieben-Jahres-Bindungsfrist für das schnelle Internet birgt die Gefahr in sich, dass der Netzbetreiber am Ende sagt: Schön, dass der Staat die Deckungslücke überbrückt hat, aber nun sind die sieben Jahre Bindungswirkung herum, legt also noch einmal Geld auf den Tisch, oder wir tun nichts weiter. – Ich appelliere unter diesem Aspekt an das Heimatministerium, mir diese Sorgen abzunehmen. Ich höre vermehrt landauf landab die Sorge der Kommunen, dass es, wenn sie die Netze ausbauen, in sieben Jahren heißt, sie müssten wieder Geld auf den Tisch zu legen, oder die Leitung wird stillgelegt. Wir müssen also auch hier vorausdenken.

Ein weiterer wichtiger Punkt für den ländlichen Raum ist, Wertschöpfung zuzulassen. Bevor ich da zum Thema Energiewende komme, zunächst ein Wort zum Tourismus. Dieses Wort hat bisher kein Redner in den Mund genommen. Ich bin überzeugt: Bayern ist ein Tourismusland mit Zukunft. Wir haben ja bereits einen Fuß in der Tür. Aber ich meine, dass Bayern in puncto Tourismus noch weitere große Chancen hat. Wir stehen hier im Wettbewerb mit Österreich und mit Tschechien. Bitte, gehen Sie auf die Tourismusbranche zu und helfen Sie. Wir könnten hier bundespolitisch bei der siebenprozentigen Mehrwertsteuer für die Gastronomie ansetzen. Das ist längst überfällig.

Ein weiterer Aspekt ist die Hilfe für die Selbstdarstellung dieser Branche. Österreich gibt hier mehr staatliche Unterstützung. Bei uns ist noch vieles sich selber überlassen. Derjenige, der etwas auf die Reihe bringt, schafft es, der andere daneben aber erkennt sein Potenzial nicht. Wir müssen dieses Potenzial heben. Bayern ist ein sehr schönes Land, und es wäre noch schöner, wenn das noch mehr Leute wüssten und noch mehr Tourismuskunden im Land bleiben würden. Mein Fazit: Wertschöpfung auf dem Land, gerade auch durch den Tourismus, muss noch verstärkt werden. Da gibt es noch Luft nach oben, wie der Kollege Kreuzer vorhin so schön gesagt hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wenn wir von Wertschöpfung auf dem Lande reden, kommen wir an der Energiewende nicht vorbei. Hier könnten wir zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Wir müssen hier das gesamte Potenzial des Landes zulassen. Ganz vorweg müssten wir die Photovoltaik zulassen. Was war das für eine Erfolgsgeschichte vor einigen Jahren, als auf den Dächern und auf Freiflächen Photovoltaik eingerichtet wurde! Anschließend ist man leider zu massiv auf die Bremse getreten. Heutige Photovoltaik-Kraftwerke besitzen die Möglichkeit der Netzstabilisierung. Da zählt nicht mehr das Argument von vor fünf Jahren: Wenn die Sonne scheint, glühen die Drähte, und wir müssen alles abschalten. Nein, Photovoltaik kann heute Netze aktiv stabilisieren, wenn sie über ein modernes Kraftwerk aufgebaut ist. Photovoltaik wäre auch der ideale Partner einer Power-to-Gas-Technik, die heute technisch möglich ist. Diese müssen wir ins Auge fassen, anstatt uns auf den Leitungsausbau zu konzentrieren. Deshalb geht auch hier mein dringender Appell an alle im Landtag vertretenen Fraktionen: Lassen Sie die Finger von SuedLink, lassen Sie die Finger von der Süd-Ost-Passage. Da holen wir uns für viele Milliarden Euro eine Abhängigkeit von anderen Regionen ins Land, die Krisenanfälligkeit erzeugt. Wenn dort der Blitz in die Leitung einschlägt oder Sabotage betrieben wird, dann bricht diese Versorgungsleitung weg, und dann ist eventuell Heulen und Zähneknirschen, es sei denn, Sie sagen, wir sind

darauf nicht angewiesen. Aber da frage ich Sie, warum so etwas überhaupt gebaut werden soll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Also Finger weg von einer Trassenabhängigkeit! Setzen Sie auf das Potenzial der Energiewende in Bayern. Da ist auf alle Fälle die Photovoltaik zu fordern, und die Windenergie ist auch noch nicht am Ende der Fahnenstange angelangt. Ihre 10-H-Regelung wirft hier massiv Sand ins Getriebe. Eine Windkraftanlage moderner Prägung mit 200 Metern Höhe erzeugt heute rechnerisch Strom für 5.000 Menschen; das ist schon etwas. Natürlich haben wir Spitzen, aber diese Spitzen kann man wegnehmen. Wenn man die Spitzen billig einspeisen kann, dann wäre das schon etwas.

Das führt zu einem weiteren Appell an Sie. Sie sitzen in der Bundesregierung. Bringen Sie dort endlich zur Debatte, dass man meinetwegen um die Mittagszeit, wenn Sonnenstrom im Überfluss vorhanden ist, diesen Strom nicht entsorgt und in die Erde leitet, sondern diesen Strom zu einem deutlich billigeren Preis an den Endabnehmer abgibt. Sie werden erstaunt sein, wie schnell diese angebliche Überschusssituation im Markt unterkommt, wenn der Strom billiger ist. Das sind die Dinge, die Sie ansteuern müssen. Dafür vermissen wir aber jegliches Konzept von Ihrer Seite.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle bringe ich das Stichwort Österreich in die Debatte. Ich weiß, dass einige Herrschaften hier im Hohen Haus zusammenzucken, wenn sie das Stichwort Österreich hören. Es heißt dann: Von denen kaufen wir nie mehr irgendwas.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Österreich Energie anbietet und dies für uns zu halbwegs vernünftigen Bedingungen passiert, sollten wir diese Energiekooperation mit Österreich eingehen. Dies unabhängig davon, ob, wie in kritischen Recherchen herausgefunden wurde, wir nur

ein Kernkraftwerk leistungsmäßig integrieren können oder ob es bis zu vier Kernkraftwerke sind – das haben die Verbund-Leute gesagt. Vielleicht liegt die Wahrheit in der Mitte. Meine Damen und Herren, selbst wenn es nur ein halbes Kernkraftwerk wäre, das wir uns leistungsmäßig einkaufen könnten, wäre mir dies lieber, als uns in Braunkohletrassen hineinzuhängen, die überhaupt noch nicht gebaut sind, die überhaupt noch nicht geplant sind, die vielleicht in zehn Jahren fertig sind, die uns einen Haufen Geld kosten und die am Ende zu einer Krisenanfälligkeit führen. Nützen Sie auch das Potenzial Österreichs vor der Haustür. Von Österreich können wir nicht nur bei der Energiepolitik lernen, sondern, wie vorher gesagt, auch im Bereich des Tourismus. Vielleicht sollte man die bayerischen Scheuklappen beiseitelegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Energiewende ist die große Zukunftsfrage, die auch Bayern und die bayerische Bevölkerung zu bearbeiten haben. Ein dreimonatiger Energiedialog ist daher etwas dünn, vor allem, wenn man zu Beginn der Debatte gleich die Windenergie als tragende Säule ausschlägt und sagt: Etwas wird schon noch übrig bleiben. Wir müssen alle Potenziale einbeziehen. Ich erneuere meine Idee, das Thema Sonnenenergie neu zu beleben. - Eine kleine Randnotiz: Heute hat der Bauernverband eine Auszeichnung für bienenfreundliche Landwirtschaftspolitik bekommen. Meine Damen und Herren, die Imker wissen: Auf Freiflächen und Photovoltaikflächen gibt es viele Blumen und viele Gräser. Das ist Artenschutz in Reinkultur, kombiniert mit Energie, also Nebenprodukt Strom oder Nebenprodukt Biene. – Sie können es sehen, wie Sie wollen. Das nützt beiden, und das nützt auch dem Landwirt als Wertschöpfungsquelle. Lassen Sie hier wieder Wertschöpfung zu. Legen Sie den Deckel nicht vollständig drauf.

Ich komme zur Bildungspolitik. In der Bildungspolitik ist vieles zu tun. Es tröstet mich nicht, wenn hier immer der Schlagabtausch kommt: Ihr mit euren rot-grünen Bundesländern usw. usf. Meine Damen und Herren, wir haben in Bayern Fragen, die beantwortet werden müssen. Wir müssen die Frage beantworten, ob es sinnvoll ist, dass wir Grundschulklassen mit über 25 Kindern haben, parallel dazu aber mehrere Tausend

arbeitslose Grundschullehrerinnen. Wir müssen die Frage beantworten, ob es sinnvoll ist, diese jungen Leute nach Berlin oder in andere Bundesländer zu schicken. Wir müssen die Frage beantworten, ob es nicht Möglichkeiten gibt, die Lücke bei den Erzieherinnen auch mit Personen aus dem Grundschullehrerbereich zu schließen; denn es ist ein Trauerspiel, dass man in Städten wie München keinen Kinderbetreuungsplatz bekommt, weil es dort zu wenig Erzieherinnen gibt. Ist es nicht möglich, Personal umzuschichten, die jungen Damen, um die es sich ja überwiegend handelt, in der Erziehung einzusetzen und ordentlich zu bezahlen, anstatt sie fünf Jahre lang teuer auszubilden und sie dann nach Berlin zu schicken, um den Leuten dort Bairisch zu lernen?

Meine Damen und Herren, Bildungspolitik bedeutet auch Klarheit beim Gymnasium. Was die letzten Jahre passiert ist, ist ein Verwirrspiel sondergleichen. Man mag sich über unsere – aus Ihrer Sicht – nur 300.000 Unterschriften, die wir zu unserem Volksbegehren bekommen haben, lustig machen. Ich erinnere, ohne süffisant sein zu wollen, wieder an Ihre 2.200 Unterschriften zum CSU-Vorschlag für eine ganzjährige Sommerzeit. Wir haben 300.000 Unterschriften gesammelt, obwohl wir deutlich weniger sind als Sie. Sie haben 2.200 Unterschriften erhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lachen Sie also nicht über 300.000 Unterschriften; schaffen Sie dies erst einmal selbst.

Wir haben damit auf alle Fälle die Debatte in Gang gesetzt. Wir haben Sie dazu gezwungen, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen. Wenn dies kein Thema mehr wäre, würde Kollege Spaenle das Thema gar nicht mehr bearbeiten. Man muss sich mit der Thematik auseinandersetzen, weil sie einen Kern enthält, an dem man nicht vorbeikommt. Es gibt eben gute Gründe für eine neunjährige Gymnasialzeit. Vielleicht gibt es auch gute Gründe für eine achtjährige Gymnasialzeit. Deswegen sagen wir: Bietet beides an; die Eltern und die Kinder sind erwachsen genug, um zu entscheiden,

was ihnen guttut. Ein neunjähriges Gymnasium zusätzlich zum achtjährigen anzubieten, wäre ein Schritt der Demokratisierung, wäre ein Schritt für mehr Chancengerechtigkeit.

Unsere Botschaft an dieser Stelle lautet: Erkennen Sie bitte, dass die Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 durchaus Charme hat, dass sie Sinn hat. Lassen Sie sie zu. Hören Sie doch mit den kindischen und unsouveränen Bremmspielchen auf, indem man zunächst eine Begrenzung auf 25 % einführt, dann, wenn Protest kommt, sagt, nein, das war nicht so gemeint, aber wir geben nicht mehr Mittel. Sie bremsen überall, nur damit am Ende das G 9 nicht zum Erfolgsmodell wird.

Meine Damen und Herren, wenn man mit solchen fieseren Tricks einer bestimmten Schulform die Zukunft nehmen will, dann deutet vieles darauf hin, dass dort eine Chance besteht. Wenn das die Eltern nicht wollten, bräuchten Sie ihnen im Vorfeld sicherheitshalber keine Steine in den Weg legen. Lassen Sie die Eltern entscheiden. Vielleicht nehmen 10 % das G 9; vielleicht nehmen es 50 %. Lassen Sie diese Entscheidung zu. Seien Sie souverän genug, und sagen Sie nicht: Das muss verhindert werden, nur damit wir als G-8-Befürworter nicht das Gesicht verlieren. Sie verlieren mittlerweile mit dem peinlichen Festhalten an einer nicht ganz korrekten Umsetzung einer Gymnasialreform mehr Gesicht. Das G 8 ist eben nicht das, was es hätte werden sollen. Geben Sie das doch zu. Das ist keine Schande.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Völliger Schmarrn, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, Sie haben weitere Themen angesprochen. Sie haben auch das Thema Flüchtlingspolitik angesprochen. Ich glaube, dass wir zumindest an dieser Stelle den internationalen Kontext sehen müssen. Es freut mich, dass immer mehr Personen unsere Argumente aufgreifen. Wir behaupten gar nicht, dass wir die Ersten waren, die das gesagt haben. Wir haben das zumindest vor einigen Monaten sehr deutlich gesagt. Wir müssen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge besser tätig wer-

den. Es hilft gar nichts zu sagen, 10 Millionen Syrer sind auf der Flucht, rund 50.000 davon sind – in Anführungszeichen – erst in Deutschland. Meine Damen und Herren, wo sind die anderen Millionen? – Sie sind im Libanon, sie sind in Jordanien, sie sind in der Türkei oder sonst wo. Es ist geradezu peinlich, wenn man hört, was ein Christian Springer an Erfahrungsberichten zum Besten geben kann. Er sucht händeringend nach Sachspenden. Er würde alte Feuerwehrautos brauchen, er würde alte Müllfahrzeuge brauchen, um den Müll in den Flüchtlingslagern wegschaffen zu können – Überschrift: Müll macht krank. Es gibt meterhohe Müllberge, aus denen Krankheiten resultieren. Keine westliche Nation ist aber in der Lage, zu helfen, den Dreck wegzuschaffen und wenigstens Autos zu liefern.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle sind wir schon gefordert, Lösungsansätze anzubieten. Christian Springer sagt dann überdies, dass er auch deshalb ein Problem hat, in Bayern an alte Feuerwehrautos zu kommen, weil es Artikel 75 der Bayerischen Gemeindeordnung verbietet, Gemeindebesitz zu verschenken oder unter Wert abzugeben. Ich schlage Ihnen einen ersten Ansatzpunkt vor. Suchen Sie bitte eine juristische Möglichkeit. Entweder Sie verwenden einen bayerischen Fördertopf und kaufen für 10 Millionen Euro oder 5 Millionen Euro alte Feuerwehrautos am Markt von Gemeinden, die ohnehin vorhaben, ein neues Feuerwehrauto zu kaufen, oder Sie lockern diesen Paragraphen, sodass ausnahmsweise alte Feuerwehrautos verschenkt werden dürfen oder zu einem symbolischen Preis abgegeben werden dürfen, damit Gemeinden nicht auf einem alten Feuerwehrauto sitzen, es aber nicht verschenken dürfen, während es andere nicht kaufen können, weil sie das notwendige Geld nicht haben.

Das sind praktische Lösungsansätze, die wir bringen, die wir Ihnen anbieten und zu denen ich Sie auffordere: Vielleicht schaffen Sie es, wenigstens beim Problem alte Feuerwehrautos für Jordanien eine Lösung zu finden, wenn es geht, noch in diesem Jahr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich streife noch ein Thema. Dies wäre ein Thema für eine ganze Tagesdebatte. Es geht um das Thema Freihandelsabkommen mit Amerika und Kanada. Obwohl in den Argumentationspapieren für diese Abkommen immer von Millionen oder Hunderttausenden von neuen Arbeitsplätzen die Rede ist und die glorreiche Zukunft versprochen wird, wundert es mich, dass diejenigen, die dieses Abkommen am Ende im Bundestag wohl durchwinken werden, darüber kein Wort verlieren, sondern eher peinlich berührt sind, wenn sie darauf angesprochen werden. Wären Sie so davon überzeugt, dass wir TTIP und CETA unbedingt brauchen, Kollegen von der CSU und Kollegen von der SPD, dann würden Sie gleich in die Überschrift schreiben: Bayern hat aufgrund des Freihandelsabkommens jetzt eine große Zukunft. Keiner erwähnt dies. Warum? – Weil Ihnen selber bei der Sache nicht ganz wohl ist. Deshalb auch hier mein Appell an Sie: Betrachten Sie diese beiden Freihandelsabkommen auch aus Sicht des Mittelstandes, bei dem die Sorge besteht, dass die Meisterpflicht unterlaufen wird. Betrachten Sie sie aus Sicht der Kommunen, bei denen die Angst vor Privatisierungsdruck vorhanden ist. Betrachten Sie sie aus Sicht des Staatsbürgers und Demokraten, der Angst hat, dass seine Stimme am Ende kein großes Gewicht mehr hat, weil die große Politik dann nicht mehr im Bundestag gemacht wird, sondern in Konzernzentralen. Betrachten Sie all das aus deren Sicht.

Stellen Sie das gegenüber und verbinden Sie es jetzt am Ende meiner Rede vielleicht einmal mit dem vorherigen Gedanken: Wir schaffen es heute nicht, alte Feuerwehrautos und Schlafsäcke über das Mittelmeer nach Jordanien oder in die Türkei oder in Krisenregionen des Libanon zu bringen. Die Flüchtlinge schaffen den Weg von Süd nach Nord in "Nussschalen". Wir schaffen es nicht, Hilfsgüter von Nord nach Süd zu bringen. Aber wir stellen ein Freihandelsabkommen in den Raum und fahren dann Schweinefleisch von Kanada nach Europa, das wir überhaupt nicht brauchen. Mit riesigen Dampfern fahren wir Lebensmittel über den Atlantik hin und her, die auf beiden Seiten im Überfluss vorhanden sind. Aber dorthin Güter zu bringen, wo Menschen nachts auf Papiersäcken schlafen müssen, das schaffen wir nicht. Es braucht ja kein Schweinefleisch zu sein, aber es könnten Zelte sein oder Getreide.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

– Ich weiß das; ich kenne die Späße. Das ist hier jetzt aber nicht der Ort für Scherze über Ernährungsgewohnheiten. – Wir sind nicht in der Lage, Waren dorthin zu bringen, wohin sie gehören.

Das zeigt, dass wir alle miteinander noch sehr viel zu tun haben, von der Stärkung des ländlichen Raums über die Energiewende bis hin zu einer vorausschauenden Flüchtlingspolitik. Tun wir das gemeinsam, meine Damen und Herren. Mir ist in den letzten Monaten hier viel zu sehr der parteipolitische Kleinkrieg über den Kopf gewachsen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, beachten Sie bitte die Uhr.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Jawohl, sofort. – Wir müssen die Zukunft Bayerns gemeinsam in den Griff bekommen. Wir haben gute Voraussetzungen. Jetzt geht es darum, hierbei möglichst wenige Fehler zu machen und gute Ideen zusammenzuführen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bevor ich jetzt den Kollegen Hartmann an das Rednerpult bitte, möchte ich Ihnen mitteilen, dass die CSU-Fraktion für den Einzelplan 02 namentliche Abstimmung beantragt hat. Bitte, Herr Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich vorweg ebenfalls die besten Genesungswünsche an den Ministerpräsidenten übermitteln. Wir hoffen, dass er bald wieder auf den Beinen ist. Gesundheit geht wirklich immer vor.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Natürlich habe ich der Rede seiner Stellvertreterin aber genauso aufmerksam zugehört, als wäre sie vom Ministerpräsidenten gekommen – auch der Rede des nicht

mehr anwesenden Fraktionsvorsitzenden der CSU, Herrn Kreuzer. Ich muss sagen: Wie auch beim Durchlesen des Doppelhaushalts fällt mir immer wieder nur ein Zitat von Michel de Montaigne ein: Kein Wind ist demjenigen günstig, der nicht weiß, wohin er segeln will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man kann auch ganz einfach sagen: Ein dicker Geldbeutel ist kein Garant für gute Politik. Sie geben viel Geld aus, bleiben aber trotzdem vieles schuldig. Zuallererst fehlt Ihnen eine klare Vision zu Bayerns Zukunft, dazu, wie Sie Bayern gestalten möchten. Mir fehlt Orientierung in Ihrer Politik. Es fehlt aber auch der Mut, Bayerns Erneuerung voranzutreiben. Vor allem fehlt Folgendes: Ideen und Visionen, wie sie eine sich ändernde Welt immer wieder fordert und auf die die Menschen warten. Es fehlt ein klares Bekenntnis, was Ihrer Meinung nach bewahrt und erhalten werden muss. Das fehlt mir in Ihrer Erklärung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Betrachten wir es folgendermaßen: Was würde eine Regierung tun, die die Zukunftsaufgaben in Bayern wirklich anpacken möchte, um heute die Grundlagen für ein gutes Leben in Zukunft zu legen? Nehmen wir ganz vorneweg einmal das Beispiel Energiewende. Eine zukunftsfreundliche Regierung würde alle Möglichkeiten, die ihr zur Verfügung stehen, nutzen, um die Versorgung mit sicherer und dauerhaft sauberer Energie voranzutreiben. In der Energiepolitik ist diese CSU-Regierung definitiv planlos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Besser gesagt: Es gibt ja durchaus einen Plan, das Energiekonzept von 2011, "Energie innovativ". Der Plan wäre schon da: 6 bis 10 % Windenergie in Bayern bis 2021. Aber leider ist da auch der Ministerpräsident, und Seehofer will das nicht mehr haben.

(Zuruf von der CSU)

Im Energiekonzept steht, Bayern wolle einen umfassenden Ausbau der Stromnetze. Bayern wolle den Bau sogar beschleunigen und die Akzeptanz für neue Stromleitungen in diesem Land erhöhen. Aber Seehofer will nicht mehr.

Im gleichen Energiekonzept steht, Bayern wolle Stromspeicher schaffen. Aber auch hier: Seehofer will nicht mehr.

Man kann auch noch einen Schritt weitergehen. Die Staatsregierung hat gemeinsam mit dem Bund Naturschutz und dem Landesbund für Vogelschutz einen Aktionsplan bis 2020 auf den Weg gebracht. In gut fünf Jahren wollte man da also ankommen. Ziel ist es, den Stromverbrauch um ein Fünftel zu senken. Aktuell zu den Vergleichszahlen von 2009 ist der Strombedarf in Bayern um 10 % gestiegen.

In kaum einem anderen Bereich stehen im wahrsten Sinne des Wortes wirklich Welten zwischen den Worten und den Taten der CSU-Regierung, zwischen positiver Beschlusslage und negativer Blockade.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch heute hat die CSU-Regierung es indirekt wieder getan: Sie weist bei der Energiepolitik ganz oft und immer wieder Richtung Berlin. Für den Kollegen Kreuzer, der gerade nicht anwesend ist: Sie sind die kleinste Regierungspartei in Berlin.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Aber wir regieren!)

– Sie regieren, das ist richtig. Aber wenn Sie doch regieren, warum schreien Sie dann immer nach Berlin? Berlin müsse das EEG ändern, Berlin müsse ein Strommarktdesign entwickeln, Berlin müsse den Emissionshandel retten. Natürlich muss auch in Berlin etwas passieren. Aber deswegen braucht Bayern doch nicht zu blockieren. Das ist der große Unterschied.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Wie miserabel Ihre Energiepolitik in Bayern ist, hat vor zwei Wochen der bundesweite Vergleich der Länder durch die Agentur für Erneuerbare Energien gezeigt. Bei der allgemeinen Bewertung Ihrer Landespolitik, für die Sie verantwortlich sind, erreicht Bayern problemlos den letzten Platz im Bundesvergleich. Im Hinblick auf die Vergangenheit ist Bayern durchaus gut. Beim Blick in die Zukunft versagen Sie auf der ganzen Linie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte aber nicht nur kritisieren, sondern auch deutlich machen, was man in Bayern besser machen kann. Eines ist ganz klar: Das Windkraftverhinderungsgesetz 10 H muss kassiert werden, das ist absolut unstrittig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Bereich, in dem Bayern wirklich tätig werden muss: Es ist widersinnig, wenn Biogasanlagen dann Strom liefern, wenn Wind und Sonne ebenfalls liefern. Wir brauchen den flexiblen Einsatz von Biogasanlagen. Das muss gefördert werden, auch aus Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Ein weiterer Bereich ist die Kraft-Wärme-Kopplung. Bundesweit liegt man hinter den Erwartungen und Hoffnungen; in Bayern gilt das ganz besonders. Um diesen Rückstand aufzuholen, wird ein bayerisches Förderprogramm nötig sein. Wir brauchen es, um eine wichtige Ersatzkapazität zu schaffen, die man flexibel einsetzen kann, und um einen Beitrag zur CO₂-Reduzierung zu leisten.

Zum Schluss noch ein Stichwort zum Thema Energie – das Lieblingsthema des leider erkrankten Ministerpräsidenten: HGÜ-Leitungen. Der Populismus gegen HGÜ-Leitungen muss ein Ende haben. Wir brauchen einen überregionalen Netzausbau.

(Beifall bei den GRÜNEN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Leitungen braucht man nicht! Nein, die müssen weg! – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Wir brauchen einen überregionalen Netzausbau. Wir müssen gemeinsam mit den Bürgern nach optimalen Lösungen suchen. Kooperation in den Sachfragen! Über den konkreten Verlauf der Leitung kann man diskutieren. Über Erdverkabelung kann man diskutieren. Da müssen wir gemeinsam mit den betroffenen Menschen diskutieren und einen richtigen Weg finden. Aber populistisch einfach Nein zu sagen, bewältigt keine Herausforderungen in diesem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Bereich ist das Thema Stromspeicherung bzw. Pumpspeicherkraftwerke. Das ist ein wichtiger Baustein der Flexibilisierungsoption für die Energiewende, wenn Wind und Sonne kein Angebot liefern. Nach dreieinhalb Jahren hat das Wirtschaftsministerium eine Studie mit möglichen Standorten vorgelegt. Das ist wirklich ein erster richtiger Schritt. Ich bin auch davon überzeugt, dass es nicht an den motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium lag. Es lag an der politischen Spitze, dass das dreieinhalb Jahre lang gedauert hat.

Ein weiteres Stiefkind ist die Stromeinsparung. Gerade in Bayern brauchen wir ein Angebot. Wenn ein Land so vielfältig ist, wird es nicht nur ein einziges Konzept geben, das sich für jede Region eignet. Deshalb fordern wir ein flächendeckendes Netz von regionalen Energieagenturen in allen bayerischen Landkreisen.

Man sieht: Bei der Energiewende kann Bayern deutlicher gestalten, wenn Sie wirklich wollen. Doch leider bleiben Sie untätig. Schlimmer noch, Sie verhindern, dass bei der Energiewende in diesem Land etwas vorwärtsgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich zu einem sehr großen und auch vor finanziellem Hintergrund wichtigen Teil in diesem Doppelhaushalt kommen, zur bayerischen Bildungspolitik. Was würde eine zukunftsfreundliche Regierung tun, damit Erfolg in der Schule nichts mit der Herkunft zu tun hat? - Sie würde die Kinder mitnehmen und fördern, statt sie auszusortieren. Sie würde fördern und ermutigen, statt zu entmutigen. Sie würde für gerechte Bildungschancen sorgen, statt nur das Schulsystem überzuoptimieren.

Gerechte Bildungschancen müssen unabhängig davon sein, ob jemand in München wohnt oder in Bayerbach. Sie müssen unabhängig davon sein, ob der Vater einen Hauptschulabschluss oder das Abitur in der Tasche hat. Sie müssen unabhängig davon sein, ob jemand geduldet ist, seine Eltern aus der Türkei kommen oder ob er in Bayern geboren ist. Sie müssen unabhängig davon sein, ob jemand eine körperliche oder geistige Einschränkung hat. Sie müssen unabhängig davon sein, ob der Papa ein Flüchtling oder ein Zahnarzt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was bedeutet dies ganz konkret für die bayerische Landespolitik? – Wir müssen die Grundschule im Dorf lassen. Eine zukunftsfreundliche Regierung würde für den Erhalt eines wohnortnahen Schulangebots sorgen. Der Leitspruch "Kurze Beine, kurze Wege" - -

(Karl Freller (CSU): Der ist von mir!)

- Der mag ja von Ihnen sein; aber dann handeln Sie auch so! Das ist das Entscheidende. Ich sage immer: Bei der Problemanalyse sind wir gar nicht weit auseinander. Schwierig wird es bei Ihren Taten. Hier unterscheiden wir uns.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Leitspruch "Kurze Beine, kurze Wege" muss ernst genommen werden, damit die Grundschulen im Dorf bleiben können. Für den ländlichen Raum und das kulturelle Leben auf dem Land ist dies ein wichtiger Standortfaktor. Ich finde es schade, dass

Herr Kollege Kreuzer nicht anwesend ist. Ich möchte Ihnen fünf Maßnahmen nennen, die umgesetzt werden könnten. Vielleicht können Sie Herrn Kollegen Kreuzer diese Maßnahmen aufschreiben.

(Michael Hofmann (CSU): Er kann das Protokoll lesen, Herr Kollege!)

Erstens. Für die Außenstellen der kleinen Grundschulen müssten ab sofort wissenschaftlich begleitete Modellversuche zugelassen werden.

Zweitens. Jahrgangskombinierte Klassen müssten besser und vor allem verlässlich ausgestattet werden. Alle Kombiklassen müssten fünf zusätzliche Lehrerstunden erhalten und nicht nur die Option auf diese Stunden haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens. Kleine Grundschulen unter der Mindestgröße müssten bei der Zuteilung der Lehrerstunden so behandelt werden, als würde die Klassenstärke von mindestens 20 Schülern erreicht. Nur so kann es gelingen, dass die Schulen tatsächlich am Ort bleiben.

Viertens. Die Mobile Reserve muss im ersten Schritt um 10 % aufgestockt werden. Gerade kleine Grundschulen müssen bei der Krankheit von Lehrkräften immer wieder den Ausfall von Unterricht hinnehmen. Das kann es nicht sein. Wir alle wissen, dass die Mobile Reserve bereits am Schuljahresanfang verplant ist und nicht ausreicht.

Fünftens. Kindertagesstätten und kleine Grundschulen vor Ort müssten gemeinsam zu Kinderhäusern der Zukunft weiterentwickelt werden. Hier sind auf Ihrer Seite Visionen und Konzepte gefragt. Das ist ganz entscheidend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Würden diese Vorschläge umgesetzt, dann kämen wir einen großen Schritt in Richtung auf die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land voran. Wir brauchen gute Bildungschancen für alle, unabhängig vom Wohnort.

Ein weiteres Thema der bayerischen Bildungspolitik ist das bayerische Gymnasium. Was würde eine zukunftsfreundliche Regierung tun, um das Gymnasium weiterzuentwickeln? Wir sind uns alle einig, dass die Lehrinhalte im Gymnasium anspruchsvoll und komplex sind. Diese Regierung würde dafür sorgen, dass mehr Zeit für die Vertiefung zur Verfügung steht. Für alle Schülerinnen und Schüler muss eine stärkere Individualisierung möglich sein, damit sie im eigenen Takt lernen und zum Abitur kommen können. Entscheidend ist eine Reform der Mittelstufe. Dafür muss ein umfassendes pädagogisches Konzept erarbeitet werden. Außerdem muss die Fächer- und Stoffdichte in der Mittelstufe reduziert werden. Durch fächerübergreifendes Lernen und Projektlernen sowie durch die Konzentration auf das Wesentliche muss Tempo herausgenommen werden, damit den Schülern Zeit zum Lernen bleibt.

Zum Vergleich: Was tun Sie im Hinblick auf die Schulen auf dem flachen Land? – Sie sprechen von einer Grundschulgarantie, die nicht für 379 unselbstständige Außenstellen von Grundschulen gilt. Das ist eine Mogelgarantie, bei der man erst im Kleingedruckten erkennt, was sie eigentlich umfasst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie richten als Sparmaßnahme Kombiklassen ein, ohne diesen Klassen genügend Lehrerstunden zuzuweisen. Sie lassen die Schule in Unterjoch im Allgäu schließen, sodass die Schüler nach Österreich zur Schule gehen müssen. Sie sind wirklich Weltmeister im Veranstalten von Dialogforen. Sie haben Gespräche, Anhörungen und Werkstattgespräche zur Weiterentwicklung des Gymnasiums durchgeführt. Am Ende haben Sie ein Konzept vorgelegt, mit dem Sie auf die gesamte Expertise pfeifen. Schließlich haben Sie die freie Entwicklung behindert, indem Sie eine Deckelung auf 25 % der Schüler ausgesprochen haben, die die "Mittelstufe Plus" durchlaufen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit bringen Sie keine Ruhe in die Schulpolitik. Das Gegenteil wird passieren. Sie verunsichern Lehrer, Eltern und Schüler gleichermaßen. Statt einen Ausweg aus Ihrem Dilemma aufzuzeigen, haben Sie sich in Ihrem selbst gesponnenen Geflecht aus Widersprüchen, Ankündigungen und haltlosen Versprechen verheddert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, sehen wir uns einmal die Landwirtschaftspolitik in diesem Lande an. Auch hier stellt sich die Frage: Was würde eine zukunftsfreundliche Regierung tun, um Wasser und Böden zu schützen und die Artenvielfalt zu erhalten? Sie würde zunächst einmal dafür sorgen, dass dem ausufernden Flächenverbrauch Einhalt geboten wird. Immer noch verschwinden täglich 25 Fußballfelder unter Beton und Asphalt. Oft geschieht dies für ungenutzte Umgehungsstraßen oder ungenutzte Gewerbegebiete.

(Michael Hofmann (CSU): Wer weist die Gewerbegebiete aus?)

Eine zukunftsfreundliche Regierung würde mit dem Schutz des Wassers Ernst machen. Vor über 15 Jahren hat die Europäische Union die Wasserrahmenrichtlinie, einen Meilenstein zum Schutz des Wassers, aufgesetzt. Bis zum Jahr 2015, also im nächsten Jahr, sollten die Flüsse, Bäche, Seen und das Grundwasser in einen guten ökologischen Zustand gebracht werden. Gott sei Dank sieht die Wasserrahmenrichtlinie eine regelmäßige Überprüfung vor. Diese fällt für Bayern leider katastrophal aus. Ein Beispiel dafür ist das Grundwasser. Beim Grundwasser dachte man vor zehn Jahren, im Jahre 2004, dass bis zum Jahr 2015 80 % des bayerischen Grundwassers der Richtlinie entsprechen würden. Bei der Bestandsaufnahme im Jahr 2013 stellte sich nun heraus, dass sich das Grundwasser massiv verschlechtert hat. Man geht davon aus, dass bis zum Jahr 2020 nur noch 62 % des Grundwassers als richtlinienkonform durchgehen werden. Die Entwicklung ist deutlich negativ.

Das Gleiche gilt für das Oberflächenwasser. Erst vor Kurzem hat der Landtag darüber diskutiert. Auch bei den Bächen und Flüssen hat der Nährstoffeintrag aus der Landwirtschaft dazu geführt, dass sich die Situation deutlich verschlechtert hat. Dabei gäbe es hier ein wirksames Mittel, um gegenzusteuern, von dem alle anderen Bundesländer Gebrauch machen, nämlich den Gewässerrandstreifen. Sie weigern sich bis heute, entsprechend tätig zu werden.

Ein weiterer Punkt. Eine zukunftsfähige und zukunftsfreundliche Regierung würde dafür sorgen, dass die Artenvielfalt erhalten bleibt. Sie ist durch den Flächenfraß, die Überdüngung der Felder und den Einsatz von Pestiziden massiv zurückgegangen. Diese Regierung würde dafür sorgen, dass die Lebensräume seltener Arten intakt bleiben. Sie würde dafür sorgen, dass die Biodiversität, sozusagen das Immunsystem, erhalten bleibt, indem sie hartnäckig dafür kämpft und nicht beim ersten Zeichen von Widerstand einknickt und ihre Ziele zur Disposition stellt.

Was tun Sie? – Sie geben im Zweifel immer klein bei. Wenn es um den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen geht, feuern Sie den Flächenverbrauch weiter an. Erst vor wenigen Tagen hat der Heimatbetonierminister Söder gesagt, dass ihm das alles keine Sorgen bereite. Ein Aldi-Markt auf der grünen Wiese mit großem Parkplatz ist ihm allemal lieber als die grüne Wiese. Sie nehmen es hin, dass unser Wasser mit immer größerem technischen Aufwand und vor allem mit einem immer größeren finanziellen Aufwand für Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger von Nähr- und Schadstoffen befreit werden muss. Sie sehen zu, wie die Liste der gefährdeten Arten immer länger wird. Die von Ihnen im Jahr 2008 beschlossene Biodiversitätsstrategie ist krachend gescheitert. Das nehmen Sie einfach so hin und steuern nicht dagegen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch auf einen Punkt eingehen. Entscheidend sind die Inhalte. Sie sind der Maßstab für die Bewertung der Qualität der Politik. Es geht aber auch um die Form. Eine zukunftsfreundliche Regierung zeichnet sich nicht nur dadurch aus, was sie tut, sondern auch dadurch, wie sie es tut. Die Erwiderung des Fraktionsvorsitzenden der CSU, Herrn Kollegen Kreuzer,

hat ganz deutlich gezeigt, dass bei Ihnen die Arroganz der Macht und nicht die Überzeugung von Ihrem Handeln eine Rolle spielt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Gesellschaft ist in den letzten Jahren vielfältiger und bunter geworden. Sie ist auch widersprüchlicher geworden. Die Entscheidungsträger müssen erklären, warum sie so oder so entscheiden. Um dies besser erklären zu können, müssen sie zunächst einmal zuhören und diskutieren. Dann müssen sie entscheiden. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, hat dafür die Formel der Politik des Gehörtwerdens aufgestellt: Jeder und jede hat das Recht, für sein Anliegen bei denjenigen, die entscheiden, Gehör zu finden. Das muss passieren, bevor die Entscheidungen fallen, nicht danach, wenn längst klar ist, wie entschieden wird. Hier geht es um das ernste Abwägen verschiedener Interessen, um die Suche nach der besten Lösung für unser Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Bayerns Ministerpräsidenten Horst Seehofer hat man oft den Eindruck, er betreibt eine Politik zum Verrücktwerden. Wenn einer nur laut und lange genug schreit, verrückt er die Meinung des Ministerpräsidenten in seine Richtung. So haben wir es zum Beispiel bei der Windkraft schmerzlich erfahren. So kann man einen Stammtisch verwalten, aber nicht das Land Bayern für die Zukunft gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ansonsten führt die Politik der starken Sprüche oft dazu, dass Sie nachher mit leeren Händen dastehen, so etwa beim Länderfinanzausgleich. Da wird auf den Tisch gehauen, da wird gedroht, da wird geklagt; es fehlt gerade noch, dass sich der Finanzminister höchstpersönlich vor den Kollegen aus den anderen Ländern auf die Brust klopft und erklärt, was er alles erreichen möchte. Sie haben bis heute nichts erreicht. So

kommen wir nicht weiter. Dass Handlungsbedarf besteht, ist unstrittig. Ihre Art, wie Sie es angehen, ist zum Scheitern verurteilt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend möchte ich auf drei wichtige gesellschaftliche Entwicklungen eingehen, auf drei Trends, die eine zukunftsfreundliche Regierung aufgreifen, gestalten und zum Wohl des Landes nutzen würde. Ich spreche von der Zuwanderung nach Bayern, von der wachsenden ethnischen Vielfalt, und vom sich ändernden Rollenverständnis von immer mehr Frauen, die in Führungspositionen drängen und nicht einsehen, warum sie immer weit davon ferngehalten werden, und natürlich spreche ich auch vom digitalen Wandel.

Eine zukunftsfreundliche Regierung würde die Chance nutzen, die sich bietet, wenn Zuwanderer nach Bayern kommen. Sie würde die Chance nutzen, wenn Frauen in Chefetagen drängen. Viele Menschen aus anderen Ländern bringen neue Ideen, Kreativität und andere Sichtweisen mit, die uns und unser Land weiterbringen können. Das sollten wir als Chance begreifen und nutzen. Ihre Politik versucht, die Zuwanderer, aber auch Frauen von Führungspositionen fernzuhalten. Das schadet unserem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Digitalisierung hat man heute wieder ganz deutlich gesehen, dass diese für Sie in erster Linie eine gewisse Art der Wirtschaftsförderung ist, mit der man die eine oder andere Strippe ziehen kann. Sie tun so, als gehe es wirklich nur noch darum, ein Geschäftsfeld zu erschließen. Das ist beim digitalen Wandel zu kurz gedacht. Man kann im besten Fall denken, dass Sie etwas naiv sind. Im schlechtesten Fall sind Sie wirklich verantwortungslos. Wir müssen über den digitalen Wandel umfassend diskutieren. Wir müssen darüber reden, wie die Zugangsbarrieren für ältere Menschen, für Menschen aus bildungsfernen Schichten abgebaut werden können, damit sie am digitalen Wandel auch teilnehmen können. Wir wollen, dass private Daten privat bleiben.

Öffentliche Daten müssen aber allen zugänglich gemacht werden. Wir wollen, dass an den Schulen der verantwortungsbewusste Umgang mit den neuen Techniken gelernt wird. Leider leben viele bayerische Schulen immer noch in der digitalen Kreidezeit.

Zusammenfassend kann man feststellen: Bayern gibt so viel Geld aus wie noch nie. Sie haben einen dicken Geldbeutel. Ihnen fehlt aber der Mut, die Weichen für die Zukunft und für ein gutes Leben in der Zukunft richtig zu stellen. Bayern steckt im Modernisierungstau. Der CSU-Regierung fehlt es wie der schwarz-gelben Vorgängerregierung an Mut und Ideen zu einer zeitgemäßen modernen Politik. Seit sechs Jahren gibt es zwar viel Aktionismus und auch viele Ankündigungen, aber es fehlen der nötige Mut und die nötigen Entscheidungen, die erforderlich sind, die eine sich ändernde Welt fordert. Ihrer Politik fehlt es nicht an Ankündigungen und Versprechen, es fehlt ihr an Taten. Es fehlt an etwas ganz Entscheidendem. Darin, dass wir in den Bereichen, die ich vorhin angesprochen habe, vor großen Herausforderungen stehen, sind wir uns, glaube ich, alle einig. Je größer aber die Herausforderungen sind, vor denen ein Land steht, umso wichtiger ist es, dass die Politik sich mit der Verlässlichkeit ihrer Entscheidungen präsentiert und dafür steht. Verlässlichkeit ist für mich die Voraussetzung für gute Politik. Wenn man sich auf die politischen Entscheidungen nicht mehr verlassen kann, fehlen jegliche Grundlage und jegliches Vertrauen, um unser Land weiterzubringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte jetzt den Kollegen Freller zum Mikrofon.

Karl Freller (CSU): Frau Vizepräsidentin, Frau stellvertretende Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ausgaben des Freistaates Bayern werden im kommenden Jahr 51 Milliarden Euro betragen. In Euroscheine umgerechnet wären das 510 Millionen 100-Euro-Scheine. Ein einzelner 100-Euro-Schein misst im Querformat exakt 14,7 Zentimeter. Reiht man 510 Millionen dieser Scheine aneinander, ergibt sich ein Band in der sagenhaften Länge von knapp 75.000 Kilometern.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das habe ich als kleiner Bub schon gehört!)

Dieses Band mit 75.000 Kilometern Länge und einem Wert von 51 Milliarden Euro ließe sich fast zweimal um den gesamten Erdball wickeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe bewusst veranschaulicht, um welche Summe es geht, die wir ausgeben. Diese Summe zeigt, welche mächtige Kraft und welche großartige Kreativität in unserem Land stecken. Ein Land, das es wie Bayern schafft, 51 Milliarden in einem Jahr auszugeben, ohne dabei Schulden machen zu müssen, und das sogar alte Schulden abbezahlen kann, ist ein Land, in dem sehr vieles sehr gut funktioniert.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist die Kraft und die Kreativität aller Menschen in allen Berufen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, den unzähligen Hunderttausenden, Millionen von Menschen zu danken, die tagtäglich ihrer Arbeit nachgehen und mit ihrem Fleiß die Steuern erwirtschaften, die uns das Ausgeben von Geld ermöglichen. Ich glaube, es ist wichtig zu erkennen, dass der Fleiß der bayerischen Bevölkerung ein wichtiger Faktor dafür ist, dass wir diese Leistungskraft haben.

(Beifall bei der CSU)

Herr Aiwanger, an der Stelle darf ich etwas einbringen. Ich bringe es humorvoll ein. Die SPD war früher einmal die Partei der kleinen Leute. Zumindest hat sie sich als solche bezeichnet.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Heute sind das wir!)

Dann kam vor vier Wochen im Haushaltsausschuss ein Antrag von der SPD, den wir abgelehnt haben. Das sage ich gleich dazu. Nach diesem Antrag sollten Finanzmittel in Höhe von einer Million Euro für die bayernweite Kastration und Kennzeichnung freilebender Katzen bereitgestellt werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, was

sage ich einem Arbeitnehmer, der in der Früh um halb sieben mit der U-Bahn dicht gedrängt zu seinem Arbeitsplatz fährt und ein Leben lang nie und nimmer die Steuer erbringt, die dieser Antrag kostet? Darüber müssen wir doch einmal nachdenken.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen uns doch einmal klarmachen, wofür das Geld ausgegeben wird.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Was sagen Sie dann dem Tierschutzverein?)

Wir müssen uns doch einmal klarmachen, für welche sinnvollen Maßnahmen wir das Geld brauchen. Wir müssen dort sparen, wo das Geld nicht ausgegeben werden muss.

(Dr. Paul Wengert (SPD): So ein Schmarrn!)

Dieses Verantwortungsbewusstsein, dieses Verantwortungsgefühl erwartet auch die Bevölkerung von uns Politikern. Das muss uns klar sein.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): CSU gegen Tierschutz!)

Jeder Euro, der ausgegeben wird, ist hart erarbeitet. Deswegen passen wir auch auf, dass nichts für etwas ausgegeben wird, was nicht gebraucht wird.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte doch um etwas Ruhe.

Karl Freller (CSU): Peter Winter als Vorsitzender des Haushaltsausschusses, seine Kollegen, wir alle im Haushaltsausschuss sind letztlich die Treuhänder der Steuerzahler. Wir passen auf, dass nichts für etwas ausgegeben wird, was nicht nötig ist.

(Beifall bei der CSU)

Man muss das von Grund auf begreifen, was Haushaltspolitik bedeutet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese 51 Milliarden Euro im Jahr sind auch ein Ergebnis der Kraft und Kreativität unserer Industrie. Seien wir froh darüber, dass wir in Bayern der Standort vieler Großunternehmen sind. Seien wir froh darüber, dass wir zwei riesige Autofirmen in unserem Land haben, die mit ihrem Export und ihrem Verkauf in alle Teile der Welt dafür sorgen, dass wir Arbeitsplätze haben. Denken wir doch bitte einmal darüber nach, warum die Firmen hier sind: weil wir über Jahrzehnte eine Infrastruktur geschaffen haben, von der Energieversorgung bis zu den Verkehrswegen,

(Widerspruch des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

damit eine Firma, die sich hier ansiedelt, auch die Sicherheit hat, sich entwickeln zu können. Das ist Politik für die Zukunft, Herr Hartmann! Das ist Ausrichtung auf die nächsten Jahre und Jahrzehnte! Das sind Arbeitsplätze! Schauen Sie sich bei Audi oder BMW um! Das sind hochmoderne Arbeitsplätze! Das bedeutet Zukunftssicherung!

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Herr Freller, ich dachte, Sie wollen das ganz ruhig bringen! – Dr. Paul Wengert (SPD): Denken Sie an Ihre Gesundheit! – Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Lassen Sie Herrn Freller bitte ausreden!

Karl Freller (CSU): Zu 80 %, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das aber auch der Export, von dem wir reden. Wir brauchen die guten Kontakte und guten Beziehungen in vielen Nationen dieser Erde.

Liebe Frau Bause – jetzt ist sie wieder nicht da –, ich muss eines sagen: Wo auch immer ich bisher mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten im Ausland gewesen bin, er ist in allen Teilen dieser Erde ein überzeugender Brückenbauer für die bayerische Wirtschaft. Ihr Angriff in der letzten Woche, Frau Bause, war völlig daneben. Ich muss sagen: Seien wir froh, jemanden zu haben, der ein so hohes Ansehen in der Welt hat.

(Beifall bei der CSU)

Das ist ein wichtiger Aspekt. Mit guten Kontakten ins Ausland schaffen wir Vertrauen für die Wirtschaft in diesem Lande.

(Unruhe)

Nächster Punkt: Die 51 Milliarden Euro pro Jahr sind auch Ausdruck der Kraft und Kreativität von Meistern, Technikern und Ingenieuren in diesem Land. Haben Sie schon einmal verglichen? Dort, wo die Dichte von Meistern und Technikern am höchsten ist, sind die Wirtschaftszahlen mit Abstand am besten.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Dort ist ein funktionierender Mittelstand, dort ist eine stabile Firmenstruktur, dort gibt es mit Abstand die wenigsten Arbeitslosen und die größte Zahl an Arbeitsplätzen, die über Jahrzehnte sicher sind. Das zu fördern, ist Zukunftspolitik. Das wird hier gemacht.

(Beifall bei der CSU)

Die Mittelstandsförderung, wie wir sie über viele Jahre betrieben haben, hat sich ausgezahlt. Wenn wir hier nur Großunternehmen hätten, wäre jede Konjunkturkrise eine Gefahr. Mit vielen mittelständischen Firmen besteht aber immer noch eine Chance, dass sie sich und damit die Arbeitsplätze für längere Zeit über Wasser halten. Das sollte man unbedingt bedenken. Man sollte auch an die Leute denken, die sehr fleißig arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Ein Weiteres: Die 51 Milliarden Euro pro Jahr sind auch ein Ergebnis der Kraft und Kreativität von Bildung, Wissenschaft und Kunst in diesem Lande. Herr Hartmann, Sie haben die Bildungspolitik angesprochen. Ich habe mich in diesem Feld ein Leben lang bewegt. Sie haben manches zu Recht gefordert, haben aber vergessen, dass Sie bis vor wenigen Jahren genau das Gegenteil gemacht haben. Barbara Stamm und andere

hier sind Zeugen, dass die Opposition Gesamtschulen gefordert hat. Das hätte die Auflösung sämtlicher kleiner Landschulen bedeutet. Hätten wir nicht dagegegehalten, bräuchten wir uns über Landschulen heute gar nicht mehr zu unterhalten, weil es sie bei eurer Politik schon längst nicht mehr gäbe.

(Beifall bei der CSU)

Bringen wir das Ganze einmal auf den Punkt! Ich sage Ihnen, was mir überhaupt nicht gefallen hat: Sie haben über das Gymnasium gesprochen, Sie haben über die Mittelschule gesprochen, die Realschule kam gar nicht mehr vor. Die berufliche Bildung ist überhaupt nicht erwähnt worden.

(Beifall bei der CSU)

Das duale System ist die Chance schlechthin. Wer sein Abitur in neun Jahren machen will, der kann das tun; er kann sechs Jahre auf die Mittelschule oder auf die Realschule gehen und dann noch drei Jahre auf die Fachoberschule, dann hat er sein Abitur in neun Jahren. 40 % der Schüler gehen diesen Weg, und sie gehen ihn erfolgreich. Sie studieren und werden im Beruf Erfolg haben. Schieben Sie diese Zahlen doch nicht mit einer Pseudodiskussion über ein Gymnasium in acht oder neun Jahren weg. Das entscheidet nicht über die Qualität der Bildungspolitik, sondern vielmehr, wo die Talente gefördert werden, egal, auf welchem Weg sie auf ihr Ziel zugehen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Freller, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karl Freller (CSU): Nein, ich will keine Zwischenfrage. Ich will ein paar Gedankengänge zu Ende bringen. – Was bildungsferne Schichten angeht, sage ich Folgendes – ich habe ein sehr feines Gespür dafür –: Auch Menschen aus schwierigen Elternhäusern haben eine echte Chance. Wenn Sie die PISA-Studien genau betrachten, erkennen Sie, dass selbst Schülerinnen und Schüler aus bildungsferneren Schichten in Bayern besser gefördert werden und bessere Ergebnisse erzielen konnten als die Schüler an-

dernorts, wo man sich das zwar auf die Fahne schreibt, in der Praxis aber nicht vollzieht!

(Beifall bei der CSU)

Nächster Punkt, meine Damen und Herren:

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Vorsicht, der Blutdruck!)

- Ich habe einen guten Blutdruck, keine Sorge! – Die Kraft und Kreativität dieses Landes stecken auch im Ehrenamt. Es ist ungeheuer wichtig, dass wir es haben. Das Ehrenamt ist nicht der große Haushaltsfaktor, aber gerade deshalb ist das Ehrenamt für dieses Land so unverzichtbar. Müssten wir alles bezahlen, was im Ehrenamt tagtäglich geleistet wird, könnten wir das nicht schultern, wir wären am Ende.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wohl wahr!)

Darum sage ich: Alle, die sich im Ehrenamt engagieren,

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Darum habt ihr alle Sportanträge abgelehnt!)

helfen mit, dass dieser Staat dort sparen kann, wo er das Geld nicht mehr in dem Umfang ausgeben kann, wie er es vielleicht gerne täte.

(Beifall bei der CSU)

Das ist auch ein Dank an das Ehrenamt. Sich im Ehrenamt zu engagieren, ist ein Dienst am Staat und an der Gesellschaft.

Last but not least sind die Kraft und Kreativität der Politik des Ministerpräsidenten maßgebend dafür, dass wir diese 51 Milliarden Euro pro Jahr ausgeben können: Ich möchte dem Bayerischen Ministerpräsidenten, stellvertretend Ilse Aigner, für das, was in den letzten Jahren konzeptionell entwickelt wurde, danken. Eine der allerwichtigsten Entscheidungen ist vor vier Jahren gefallen, als wir beschlossen haben, diesen Haushalt bis zum Jahr 2031 absolut schuldenfrei zu machen. Das ist eine epochale Ent-

scheidung für die nächsten Jahre und Jahrzehnte. Ich kann nur immer wieder sagen: Wohl dem Land, das eine solche Entscheidung trifft!

(Beifall bei der CSU)

Das ist Zukunftsfähigkeit. Viele von uns haben Kinder in verschiedenstem Alter. Das Schlimmste, was man der nachfolgenden Generation antun kann, ist, heute das auszugeben, was sie erst in 10 oder 20 Jahren erarbeitet. Lassen wir den nachfolgenden Generationen das Geld, das sie einmal verdienen. Sie werden noch genug eigene Probleme lösen müssen. Wir sparen eine Milliarde Euro, wenn Bayern überhaupt keine Schulden mehr hat. Diese Milliarde Euro soll der Generation gehören, die sie erwirtschaftet und auch benötigt, um ihre Probleme zu lösen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich sage auch dem Finanzminister einen herzlichen Dank. Der eine oder andere war skeptisch, als Markus Söder im Jahr 2011 Finanzminister wurde. Heute haben wir allerhöchsten Respekt vor ihm, wie er diese Aufgabe meistert.

(Beifall bei der CSU)

Er schafft es, sich nachhaltig durchzusetzen, was wahrlich nicht leicht ist. All die Verhandlungen, die er im letzten Jahr geführt hat, waren extrem schwierig. Ich habe es bei den Beamten erlebt. Liebe Ingrid Heckner, in den Verhandlungen ist vieles gelaufen, und dazu hast auch du mit dem Finanzminister beigetragen. In diesem Haushalt stecken so viele Stellenhebungen und so viel Plus für unsere Beamten, übrigens auch für die Finanzbeamten, denen man dankbar sein muss. Das sind über 2.000 Stellen.

(Beifall bei der CSU)

Was hier gemacht wurde, hat Zukunft.

Lieber Peter Winter, ich sage auch dir, dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, und allen, die beteiligt sind, logischerweise dem Fraktionsvorsitzenden, für die Leis-

tungen der letzten Wochen und Monate herzlichen Dank. Zum Teil dauerten unsere Sitzungen neun Stunden ohne Unterbrechung. Wenn es die Präsidentin nicht geben würde, hätte es nicht einmal einen Kaffee gegeben. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Freller, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Kollege Freller, vielleicht kommen wir von der impulsiven Rede wieder zur Haushaltsrede zurück und reden über den Bildungshaushalt.

(Peter Winter (CSU): Darüber können wir gerne reden!)

Wenn Sie immer schöne Sonntagsreden von der beruflichen Bildung halten, dann möchte ich schon einmal darauf hinweisen, dass die Berufsschulen seit Jahren strukturell unterfinanziert sind.

(Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Seien Sie doch bitte noch einen Moment ruhig.

Thomas Gehring (GRÜNE): - Sie wollen es vielleicht nicht hören, das kann schon sein. – Die Berufsschulen sind seit Jahren strukturell unterfinanziert. Seit Jahren beantragen wir, die Berufsschulen besser auszustatten. Wir haben auch in diesen Haushaltsberatungen beantragt, 100 zusätzliche Lehrerstellen in die Berufsschulen zu bringen. Sie haben diesen Antrag abgelehnt.

Zu den Realschulen: Auch die werden gelobt. Auch dazu ist in der letzten Woche ein Antrag im Bildungsausschuss abgelehnt worden. Dann kommen wir zur demografischen Rendite, die so gelobt wird. Das heißt, Sie entziehen den Realschulen jetzt in diesem Doppelhaushalt 550 Stellen. Diese Stellen werden aus dem Realschulkapitel in ein allgemeines Kapitel umgesetzt und verteilt. Von diesen 550 Stellen kommen die

wenigsten wieder an die Realschulen zurück. So viel zum Thema Realschulen und Berufsschulen. Ich sage Ihnen: Sie können diese Schulen noch lange loben. Aber wenn Sie für diese Schulen nichts tun, dann werden diese Schulen auch langfristig ein Problem bekommen. Es geht hier um Zahlen und Taten, nicht um Worte.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Karl Freller (CSU): Wissen Sie, wenn Sie diese Entwicklung im Personalbereich der Schulen im Verlauf der Jahrzehnte sehen, dann stellen Sie mit großer Freude fest, dass eigentlich immer nur zugelegt worden ist und wir im Moment einen Stand an Lehrkräften haben, wie wir ihn so noch nie hatten.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Die Gesellschaft hat aber - - – Claudia Stamm (GRÜNE): - - darum geht es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin der Letzte, der sich nicht über jede Lehrkraft freut, die zusätzlich eingestellt wird. Viele wissen, dass ich für jede Lehrkraft gekämpft habe, die zusätzlich eingestellt wurde. Aber ich sage Ihnen eines: Man kann natürlich, ohne Zweifel, vieles nach oben schrauben. Aber die Zahl an Lehrkräften, die wir im Moment eingestellt haben

(Ulrike Gote (GRÜNE): Zum Thema!)

und auch in Zukunft einstellen werden, ist das Ergebnis einer soliden und verlässlichen Personalpolitik in diesem Land, bei der ich sage, wir werden keine Schulart benachteiligen, sondern aufpassen, dass alle Schularten zu ihrem Recht kommen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Das werden wir beibehalten. Ich muss sagen: Man kann nicht jeden Antrag der Opposition erfüllen. Wenn wir das machen würden, lägen wir, wenn ich alles richtig zusammengezählt habe, was an Anträgen gekommen ist, nicht bei 51 Milliarden, sondern wahrscheinlich bei 61 Milliarden Euro oder noch mehr.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Irgendwo ist leider einmal eine Grenze erreicht. Das ist so. Das versteht jeder, der zu Hause seinen Haushalt in Ordnung halten muss.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Das versteht jedes Unternehmen. Auch der Freistaat kann nur dann verantwortungsvolle Haushaltspolitik machen, wenn er oben irgendwann einmal eine Grenze zieht. Es geht nicht anders.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3610 bis 17/3612 und 17/3735 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4425 zugrunde. Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen. Nachdem die Abstimmung in namentlicher Form beantragt wurde, eröffne ich nun die Stimmabgabe. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.52 bis 16.57 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Wir zählen jetzt außerhalb des Saales aus. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir unterbrechen für ganz wenige Minuten bis zum Vorliegen des Ergebnisses die Sitzung und machen dann weiter.

(Unterbrechung von 16.57 bis 16.59 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, noch einen Moment Platz zu nehmen. Ich eröffne erneut unsere Sitzung.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Einzelplan 02 bekannt. Mit Ja haben 91 gestimmt. Mit Nein haben 72 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Einzelplan 02 angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem wird noch folgende Beschlussfassung vorgeschlagen:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist die Beratung des Einzelplans 02 abgeschlossen. Die Sitzung ist für heute geschlossen.

(Schluss: 17.01 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Haushaltsplan 2015/2016; Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei (Drucksache 17/4425)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin			
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	91	72	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 3

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine zusätzliche Stelle für den Familienpakt
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 17/3610
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine unbegründete Verdoppelung von Ausgaben in der Staatskanzlei
(Kap. 02 01 Tit. 529 01, 529 03 und 546 49)
Drs. 17/3611
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Sonderausgaben für den G8-Gipfel durch die Staatskanzlei
(Kap. 02 03 Tit. 532 01)
Drs. 17/3612
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Dr. Linus Förster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Landesmittel für die bayerischen Europe Direct Informationszentren
(Kap. 02 03 TG 53)
Drs. 17/3735